

Vorwärts

Sozialdemokraten
wählen Liste 2

MITTWOCH
2. November 1932

BERLINER VOLKSBLATT



WERBE-
NUMMER

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hunger bei vollen Scheuern!

Neuer Millionensegen für ostelbische Junker — auf Kosten des Volkes

Das Kabinett der Barone will die Verfassung ändern, um die Herrschaft der ostelbischen Junker zu stabilisieren. Es will nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland unter die Junkerherrschaft bringen! Daher die Einsetzung des Oetelbiers von Braun als Kommissar für das Landwirtschaftsministerium in Preußen! Was die Junkerherrschaft bedeutet, erzählt das Volk heute schon! Es darf zahlen, es darf den Hungerriemen fester schnallen — aber die Agrarier erhalten Hunderte von Millionen als Subventionen.

Das Kabinett der Barone hat einen neuen Anschlag für die Agrarier gegen das Volk vor!

Deutschland hat durch gutes Wetter und Mehranbau von Getreide einen riesigen Ernteertrag, und die Preise gingen auf 200 M. für Weizen und 100 M. für Roggen zurück. Bei den heutigen Kosten ist das für die Landwirtschaft noch genug und für den städtischen Verbraucher könnte das Brot für den Bauern das Futter verbilligt werden, das er zukaufen muß. Aber von einer derartigen vernunftgemäßen Nutzung des Ernteertrags ist natürlich keine Rede.

Den Arbeitern soll zugunsten der Agrarier gezeigt werden, daß sie nicht mehr im Wohlfahrtsstaat leben, sondern daß sie, wenn sie kein teures Brot essen wollen, den Schmachtriemen anzuziehen haben.

Im Gegenteil, um trotz der Riesenernte die Preise wieder in die Höhe zu treiben, wird eine neue unerhörte kostspielige Subvention für die Agrarier in die Wege geleitet. An sich ist die Lage der Getreidewirtschaft gar nicht bedrohlich. Selbst der großagrarisches Deutsche Landwirtschaftsrat ist optimistisch und schrieb vor 14 Tagen, daß eine Verstärkung der Nachfrage nach Mehl seitens der Bäcker zu erwarten ist, was sofort zu einer Steigerung des Getreideabsatzes und damit zu einem Geschäftsumschwung führen werde. Aber da das nicht vor den Wahlen kommt, braucht man Stimmung und man macht Stimmung auf Staats- und Verbraucherkosten. Der Deutsche Landwirtschaftsrat, sekundiert von der agrarischen Presse, sendet SOS-Rufe, und der völlig unter nationalsozialistischem Einfluß stehende Reichslandbund fordert eine Getreidemagazinierung im größten Stil.

Die Reichsbank soll hierfür einen Kredit von 100 Millionen zur Verfügung stellen, das Reich eine Aus-

fallbürgschaft von 25 Millionen übernehmen. Die magazinierten Vorräte sollen dem Verbrauch entzogen und erst im nächsten Jahr wieder auf den Markt gelangen. Die Preise sollen steigen, das Volk soll hungern bei vollen Scheuern!

Die Reichsregierung scheint bereit, diesen geradezu irrsinnigen Plan durchzuführen. Das Ungeheuerlichste dabei ist, daß die Stützungsmaßnahmen auch hier wieder ihren Zweck, die Lage der Landwirtschaft zu verbessern, nicht erreichen können.

Sand in die Augen der Wähler auf dem Lande, Hochhaltung der Lebensmittelpreise für die Vermissten, das ist der Sinn dieses neuen Anschlages auf die Taschen der Steuerzahler.

Alles für die ostelbischen Junker! Aller Einfluß, alle Macht, alles Geld, aber Entrechtung des Volkes — das ist der Kurs der Barone!

Da die Sozialdemokratie allein für einen vernünftigen Ausgleich der Bauern- und Arbeiterinteressen kämpft, muß auch die volkschädigende Subventionspolitik zugunsten der Junker am 6. November in die Schranken gewiesen werden. Der Arbeiter muß kaufen können; dann kann der Bauer auch verkaufen.

Um unser Recht!

Fragen einer Frau an Herrn von Gayl

Von Mathilde Wurm

Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat den Wahlkampf benutzt, um einigen Millionen Wählern anzukündigen, daß sie nach seinem Willen am 6. November zum letzten mal an die Wahlurne gehen, daß sie fortan als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden sollen. Das aktive und passive Wahlrecht soll um fünf Jahre, d. h. das Wahlrecht auf das 25. Jahr heraufgesetzt, die Jugendlichen sollen des Wahlrechts beraubt werden. Nach der Volkszählung im Jahre 1925 standen 5,1 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren, inzwischen hat ihre Zahl sich erhöht. Gegen diese Jugendlichen richtete sich in den letzten Jahren der Hauptschlag der wirtschaftlichen und politischen Krise. Keine Altersschicht wurde unbarmherziger von der Geißel der Arbeitslosigkeit betroffen als die anderthalb Millionen jugendlicher Erwerbsloser, die noch keinen Tag im Erwerbsleben gestanden haben, die damit ausgeschaltet sind aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang.

Herr von Gayl, sind diese Menschen, die „reif“ genug sind, alle physischen und seelischen Qualen, die dieses System ihnen bereitet, zu ertragen, nicht „reif“ genug, um eine Aenderung ihres Schicksals selbst mit in die Hand zu nehmen? Wir verstehen sehr wohl den Sinn Ihres Planes, Herr Minister: Sie fürchten, daß die um ihre Jugend betrogene Generation, die in ihrer Verblendung in den letzten Jahren den gewissenlosen Versprechungen der Nazis zum Opfer gefallen ist, jetzt erwachen und sich in Massen den Linksparteien zuwenden werde. Das wollen Sie verhindern!

Gegen die Jugendlichen zwischen 20 und 25 Jahren hat sich unter der glorreichen Regierung der Barone ein weiterer Schlag erhoben. Im Namen des freiwilligen Arbeitsdienstes und der „körperlichen Erziehung“ sollen sie eingespannt werden in Militarisation und Kasernierung. Sie sind „reif“ genug, um vorbereitet zu werden als Kanonensfutter für das Schlachtfeld des Krieges und als billige Heloten für das Schlachtfeld der Arbeit, aber, um sich dagegen zu wehren durch Stimmabgabe für jene Parteien, die dieses System bekämpfen — dafür, Herr Minister, sind sie wohl nicht „reif“ genug?

„Abwegig“ sei der Gedanke, erklärte Herr von Gayl, daß die Regierung eine Aufhebung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts und die Einführung eines Zensusplans. Was aber ist es anderes, wenn die Einführung einer „Zusatzstimme“ für die selbständigen Familienernährer und die Kriegsteilnehmer angekündigt wird?

Kriegsteilnehmer — nicht wahr, Herr Minister, das sind nur die Männer? Kriegsteilnehmer — das ist Herr Frick, der sich in Pirmasens von 1914—1918 auf Druckposten befand, das sind die Tausende von Helden seiner Art? Kriegsteilnehmer — das sind aber nicht die Tausende von Frauen,

Das Schaugericht der Winterbeihilfe

Die Arbeitslosen der Großstädte gehen leer aus

Im Heer der Arbeitslosen hat die mit so großem Pomp angekündigte Arbeitslosenhilfe der Papen-Regierung trügerische Hoffnungen erweckt, deren letzter Rest durch die Ausführungsbestimmungen erledigt wird. Wohl war von vornherein klar, daß es für die Arbeitslosen ein schwacher Trost ist, wenn ihnen eine zulässige Winterbeihilfe gewährt werden wird, die den Betrag von etwa 30 Millionen Mark erfordert, nachdem an ihnen durch die Roterordnung vom 14. Juni über 1/2 Milliarde Mark erspart wurden. Dennoch wurden Hoffnungen genährt. Für die Berliner Arbeitslosen sind sie zu Wasser geworden!

Arbeitslose, die nur für sich allein zu sorgen haben, gehen von vornherein leer aus. Nur die Unterstützungsempfänger der Lohnklassen I bis VI, die für Familienangehörige zu sorgen haben und dementsprechende Zuschläge beziehen, sollen 2 bis 4 M. Winterbeihilfe erhalten. Die Arbeitslosen der Lohnklassen I bis VI sind solche, die weniger als 36 M. wöchentliches Arbeitseinkommen hatten.

In Berlin machen diese Arbeitslosen kaum ein Prozent aus, in anderen Großstädten nicht viel mehr, da ja die jugendlichen „nicht bedürftigen“ Arbeitslosen ohnehin ausscheiden und vor allem auch die große Masse der Wohlfahrts-erwerbslosen von dieser „Wohlfahrtsaktion“ ausgeschlossen ist.

Es war nun anzunehmen, daß wenigstens diejenigen Arbeitslosen, die in einer höheren Lohnklasse sind, jedoch infolge ihrer Unterstützungsfürzungen weniger Unterstützung beziehen als die Arbeitslosen der Lohnklassen I bis VI den Ausgleichsbeitrag bis zur Unterstützung der Lohnklasse VI als Winterbeihilfe bekommen würden.

Bezieht der Arbeitslose irgendeine kleine Sozial-, Versorgungs- oder Versicherungsrente, ist er also nicht vollständig, sondern nur teilweise hilfsbedürftig, dann bekommt er nur eine entsprechend gekürzte Unterstützung.

Es bleibt dabei, daß ein Arbeitsloser, dem beispielsweise 6 M. Rente angerechnet werden, einschließlich eines versorgungsbedürftigen Angehörigen nicht

14,30 M. Unterstützung gezahlt werden, sondern nur 8,40 M. Die Winterbeihilfe bekommt er trotzdem nicht!

Die gegenwärtige Regierung hat selber zugegeben, daß die von ihr gekürzten Sätze der Arbeitslosenversicherung wie der Sozialversicherung mindestens in den Wintermonaten zu gering sind. Sie tut jedoch nichts dazu, um für die Großstadt-Arbeitslosen diese Unterstützungen erträglicher zu gestalten!

Den Arbeitslosen, die weniger als 36 M. Wochenverdienst hatten, ist die zusätzliche Unterstützung, die sie bekommen werden, zu gönnen. Sie brauchen sie dringend! Das ändert nichts an der Feststellung, daß diese ganze Winterhilfe für die große Masse der Großstadterwerbslosen Schall und Rauch ist, daß die Papen-Regierung für sie nichts übrig hat und sie auch während der Wintermonate auf die von ihr im Sommer verschlechterten Unterstützungssätze anweist!

Stimmungsmache

Die Boxheimer veröffentlichen Dokumente

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht ein angebliches Rundschreiben der Exekutive des Zentralkomitees der NSD. In dem Anweisungen für einen kommunistischen Putsch nach dem 15. November gegeben sein sollen. Die blödsinnige Taktik der NSD. ist hinreichend bekannt — aber dies Dokument erscheint uns selbst für die Zentrale der NSD. zu blödsinnig zu sein, als daß es echt sein könnte. Einige Organisationsangaben in diesem Dokument stimmen bedenklich. Der Inhalt ist ungefähr eine Übertragung der Boxheimer Dokumente ins Kommunistische.

Wozu diese Veröffentlichung, auf die sich wie auf Kommando die ganze Rechtspresse stürzt? Soll Stimmung für ein Verbot der NSD. gemacht werden, soll der Verlust an Nazistimmen ausgeglichen werden durch Bergemaligung kommunistischer Stimmen?

Aber das Schönste an dieser Veröffentlichung ist,

daß ausgerechnet die Naziputschisten den kommunistischen Putschisten Staatsstreichabsichten vorwerfen! Der nationalsozialistische Abgeordnete Wercker hat erst dieser Tage in einer Versammlung in Altrees im Kreise Königsberg folgendes angekündigt:

„Wir stehen mit einer Million Gewehre da. Wir werden nach dem 6. November eine Revolution erleben, die wir mit den Kommunisten zusammen machen.“

Das ist eine unbestreitbare, echte eindeutige Aeußerung! Wenn den Dingen nachgegangen wird, sollte man hier anfangen!

Wahltag bei Lübeck

Erfolg der Sozialdemokraten

Bei der Gemeindevertreterwahl in Selmsdorf bei Lübeck hat die Sozialdemokratie am Sonntag einen glänzenden Sieg errungen. Von den 10 Mandaten fielen ihr 6 zu. Mit dem vor einigen Wochen gewählten Gemeindevorsteher Oldörp sen. bezieht unsere Partei die absolute Mehrheit in der Gemeindeverwaltung. Die Wahlbeteiligung war sehr stark; von 678 Wahlberechtigten stimmten 604 ab. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen 345 und auf den bürgerlichen Milchmisch 255 Stimmen. Früher war das Verhältnis 5 zu 5 und ein bürgerlicher Gemeindevorsteher. Unsere Genossen haben 2 Mandate gewonnen. Ein glänzendes Ergebnis, das um so höher zu werten ist, als die vereinten reaktionären Parteien an Verlogenheiten gegen die Sozialdemokratie das menschenmögliche aufboten. Ein Bravo unseren Kämpfern.

Große Wahlkündgebung

am Freitag, dem 4. November, 20 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Str. 72
Redner: Artur Crispian, Tony Sender, Otto Bauer (Wien)
Kasseneröffnung 17 Uhr Die Fahndelagationen müssen spätestens um 19 Uhr in der Vorhalle des Sportpalastes Aufstellung nehmen
Eintrittspreis 50 Pf., Erwerbslose gegen Vorzeigung der Stempelparte 10 Pf.

Franz von Papen — ein Irrtum!

Der Chef des Kabinetts der Barone

die während des Krieges in den Munitions- und chemischen Fabriken gestanden haben, die mit abgerissenen Gliedern, von Gasen und Säuren zerfressenen Lungen, mit für immer zerrütteten Nerven aus dem Kriege heimgekehrt sind? Kriegsteilnehmer — das sind nicht die Witwen und Waisen, die Mann, Sohn, Vater und Ernährer auf dem „Felde der Ehre“ verloren haben? Für sie gibt es keine Zusatzstimme, für sie gilt der „Dank des Vaterlandes“, von dem Sie, Herr Minister, gesprochen haben, nicht? Ihnen allen wäre mit einem Dank, der ihre kümmerlichen Rentenpennige nicht immer weiter kürzte, allerdings weit mehr gedient!

Selbständige Familienernährer — das sind wohl nur die Männer? Und für Gewährung von Zusatzstimmen kommen nicht in Betracht die jungen Arbeiterinnen, von denen nach einer kürzlich erfolgten Umfrage des Bundes deutscher Frauenvereine, 80 Proz. ihr gesamtes Einkommen dem elterlichen Haushalt abliefern; nicht die jugendlichen Angestellten, von denen rund die Hälfte keinen Pfennig ihres Einkommens behält, das unentbehrlich ist zur Aufrechterhaltung der Existenz ihrer Familien? Selbständige Familienernährer sind auch nicht die Millionen Frauen, die durch schwere Arbeiten, durch Waschen, Aufwartungen usw. beitragen zum Familienhaushalt, der ohne ihr Mitverdienen nicht bestehen könnte, ganz zu schweigen von den Millionen, die als „mitthelfende Familienangehörige“ schwerste Männerarbeit in der Landwirtschaft verrichten müssen. Sie alle erhalten nach dem „gerechten“ Wahlrecht, das Herr von Papen plant, minderes Recht.

Dah mit 2 Millionen Frauenstimmen, die in Deutschland mehr vorhanden sind als Männerstimmen, die Entscheidung in der Hand der Frauen liegt — das ist es, was Herrn von Papen beunruhigt. Er befürchtet — und wir hoffen, mit Recht —, daß in Zukunft auch die Frauen erkennen, daß ihre Rechte weder bei den Rechtsparteien noch bei dem Zentrum gut ausgehen sind, daß sie sich immer mehr der einzigen Partei zuwenden werden, die wirklich für das Recht der arbeitenden Frau kämpft, der Sozialdemokratie. Darum soll der Einfluß der Frauen im politischen Leben herabgemindert, soll den Männern die Uebermacht, die sie zahlenmäßig nicht haben, durch eine Aenderung des Wahlrechts gegeben werden.

Es ist gut, daß Herr von Papen mit diesem Plan noch jetzt herausgerückt ist. Denn noch ist es nicht zu spät! Noch ist es Zeit, sich gegen diese Pläne zur Wehr zu setzen. Zum letztenmal vielleicht! Jugendliche und Frauen, die sich nicht das Recht nehmen lassen wollen, mitzuwirken am politischen Leben, benutzen das Recht, das ihnen heute noch verblieben ist: sie stimmen am 6. November gegen die Regierung der Barone, die sie verfluchen will.

für die Liste 2

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Papens Gehöf. Der Leiter des Inlandsreferats der Presseabteilung der Reichsregierung, Geheimrat **Ragenberger**, der seit Anbeginn des Papen-Regimes beurlaubt war, ist jetzt plötzlich zur Disposition gestellt worden. Diese Maßnahme soll auf einen persönlichen Wunsch des Herrn von Papen zurückzuführen sein, der vor allem den Zentrums-**mann Ragenberger** treffen wollte.

Herr Poply hat die Amtsgeschäfte des preussischen Finanzministeriums förmlich übernommen. Seine Einführungsrede vor den Beamten zeigt, daß er sich nicht als vorübergehend, sondern für die Dauer angestellt fühlt.

68 Tageszeitungen

erscheinen in Berlin. Nur eine einzige von ihnen vertritt die großen Massen, die hinter der Sozialdemokratischen Partei stehen.

722 064 Wähler

haben bei der vorigen Reichstagswahl in Berlin ihre Stimme für die SPD. abgegeben. Der

„Vorwärts“

ist die einzige sozialdemokratische Tageszeitung in Berlin und das Zentralorgan der

7 953 986 Männer und Frauen

die im Reiche für die SPD. gestimmt haben. Der „Vorwärts“ erscheint täglich zweimal und kostet bei freier Zustellung einschließlich

„Volk und Zeit“

der Illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck, 75 Pf. pro Woche.

Einer, der Herrn von Papen kennt, schreibt uns:

Am Tage der Amtsenthebung der preussischen Minister erhob Herr von Papen in einer Rundfunkrede gegen die preussischen Minister den Vorwurf der „Pflichtverletzung“ gegenüber dem Reiche. Nachdem ihn der Staatsgerichtshof belehrt hat, daß davon keine Rede sein könne, hat er sich am Sonnabend während der Unterredung mit dem preussischen Ministerpräsidenten im Hause des Reichspräsidenten zu der Feststellung bequemen müssen, er habe die Integrität des Ministerpräsidenten Otto Braun und seiner Ministerkollegen nie angezweifelt. Die Zwangshörer, die am 20. Juli die Rede des Herrn Reichskanzlers verdauen mußten, werden anderer Meinung sein.

Wenn die Grundsätze, die Herr von Papen zu predigen nicht müde wird, in der Praxis Anwendung finden, dann hätte er spätestens am Abend des Tages der Urteilsfällung des Staatsgerichtshofes öffentlich erklären müssen, daß zum mindesten dieser Teil seiner Ankündigungen im Rundfunk falsch war und daher nicht aufrecht zu erhalten wäre.

Aber Herr von Papen hat schließlich einen Milderungsgrund. Er war den größten Teil dieses Tages nicht in Berlin, weil er irgendwo bei Verwandten dem edlen Maidwerk oblag. Das erinnert ein wenig an Wilhelm II. während der

Dalk-Telegraph-Affäre im Jahre 1906. Während damals Deutschland infolge der törichteren Reden Wilhelms in seinen Grundfesten bebte, amüsierte sich der hohe Herr in Donaueschingen bei allerlei merkwürdigen Vergnügungen. Herr von Papen ist ein fleißiger Besucher von Kennplätzen und Theaterpremieren. Dieser Drang nach Betätigung gesellschaftlicher Talente hat ihn vor Monaten wohl auch veranlaßt, alle Hebel zur Erlangung des Münchener Gesandtenposten in Bewegung zu setzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten seine konservativen Grundsätze reiflos eingemottet werden. In München ist zweifellos reichlich Gelegenheit, neben der Erledigung politischer Aufgaben auch auf dem gesellschaftlichen Parkett zu glänzen. Die von der früheren Reichsregierung und dem jetzigen rechtmäßigen preussischen Kabinett aufgehobene Münchener Gesandtschaft hat Herr von Papen inzwischen wieder errichtet und sie einstweilen mit seinem Freunde, Freiherrn von **Personer**, besetzt.

Wife Jungen behaupten, in Wirklichkeit hätte Herr von Papen sich hier einen Zufluchtsort für den Fall beschaffen wollen, daß seine glorreichen Regierungszeiten bald zu Ende sind.

Allerdings weht aus der Münchener Ecke im Augenblick kein günstiger Wind, und der Reichskanzler a. D. würde sicher in der bayerischen Hauptstadt auf dieselbe Ablehnung stoßen wie

damals im Auwärtingen Amt, als er sich um den Gesandtenposten in Buremburg bewarb.

Indes gelingt es seiner Tüchtigkeit vielleicht, für bessere Stimmung zu sorgen, denn er hat sich schon einmal als Reklamechef für sich selber betätigt. Aus Paris wird uns nämlich geschrieben, daß Herr von Papen sich am Tage seiner Ernennung zum Reichskanzler telephonisch mit dem bekannten französischen Außenpolitiker Graf **d'Ormesson** in Verbindung gesetzt habe, mit dem er schon früher in bestimmten Zirkeln deutsch-französischer Verständigungspolitik auf seine Art getrieben hat. Der Graf selbst war nicht anwesend, Papen gelang es nur sich mit der Tochter des Grafen telephonisch zu verständigen. Er machte ihr Mitteilung von seiner Ernennung und bat sie, Papa diese Mitteilung mit der Bitte weiterzugeben, dafür zu sorgen, daß die französische Presse den deutsch-französischen Verständigungsfreund Papen nicht falsch beurteile.

Als die junge Dame ihrem Vater später von diesem Telefongespräch Mitteilung machte, antwortete Graf **d'Ormesson**: „Herr von Papen Reichskanzler, das muß ein Irrtum sein.“

Dem Grafen ging es so wie uns. Wir haben es zunächst auch für einen Irrtum gehalten und sind auch heute noch der Meinung, daß der Entschluß des Reichspräsidenten, in die Hände dieses Mannes die Leitung der deutschen Republik zu legen, ein schwerer Irrtum war.

Die Massen marschieren auf

Riesenversammlungen der Eisernen Front

Die Arbeiter des proletarischen Wedding zeigten gestern Abend, daß sie treu zur Sozialdemokratie stehen und gewillt sind, gemeinsam mit ihr den Kampf gegen die Regierung der Junker und Barone zu führen. Obwohl allein im Bezirk Wedding fünf Versammlungen zu gleicher Zeit stattfanden, war der Ansturm der Besucher in allen Versammlungen so stark, daß die Massen dichtgedrängt die Säle füllten. Das Straßenbild in der Zeit vor Versammlungsbeginn stand im ganzen Wedding unter dem Zeichen der Eisernen Front. Überall begegnete man den Männern und Frauen des arbeitenden Volkes mit dem Zeichen der Freiheit, den drei Pfeilen auf der Brust. Die Kameraden vom Reichsbanner waren in allen Versammlungen zahlreich vertreten, um mit gelassener Selbstverständlichkeit ihren allabendlichen schweren Dienst zu versehen. In den Sälen leuchteten die roten Fahnen des Sozialismus. Transparente forderten eindringlich: Wählt Liste 2! Die Stimmung der Massen war in allen Versammlungen glänzend und siegesgewiß.

Die Massen sind aktiv, wir greifen an! Dr. **Otto Suhr** sprach im Söwinemünder Gesellschaftshaus eindringlich über die Frauen und Wahlmüden, die sich beiseite stellen wollen. Dieser Wahlkampf, sagte er, ist zu einer Kraftprobe zwischen den Verteidigern der sozialen und politischen Grundrechte des Volkes und den Mächten der Reaktion geworden. Wir stehen mitten in den Gefechten der Gegenrevolution. Diesen Kämpfen darf sich niemand entziehen!

In den **Atlantik-Sälen** fanden gleich zwei außerordentlich stark besuchte Kundgebungen statt. Genosse **Dr. Otto Friedländer** hielt unter dem Beifall der Versammelten eine glänzende Abrechnung mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ab. Genossin **Frieda Gladosch** schilderte überzeugend die verderbliche Politik der Reichsregierung auf die Lage der Arbeiterklasse. Besonders an die Frauen wandte sie sich mit der Aufforderung, am 6. November der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben.

Landtagsabgeordneter **Mag Hendemann** brandmarkte in der Hochschulbräueri die Politik der Papen-Regierung, die es verstanden hat, in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit Deutschland in eine gefährliche Isolierung geführt zu haben. Den stärksten Besuch wies die Kundgebung in den **Pharus-Sälen** auf. Hier sprach der Führer der sozialistischen Angestelltenverbände, **Reichstagsabgeordneter Aufhäuser**. Mit beiführender Schärfe rechnete er, veranlaßt durch kommunistische Zwischenrufer, mit der Politik der Kommunisten ab. Die Kommunisten, sagte er, nehmen heute alles für sich in Anspruch, was sie gestern noch verbrannt haben. Sie sind heute gezwungen, sich für die Tarifverträge einzusetzen, die sie vor einigen Wochen noch als Klassenverrat bezeichnet haben! Wenn die Regierung der Barone an die Macht gekommen ist, dann nur, weil sie genau mußte, daß die deutsche Arbeiterschaft uneinig ist. Der Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie, erklärte **Aufhäuser** unter der tosenden Zustimmung der Versammlung, war die **Wandlung zum Faschismus**! Die Reaktion macht heute den Versuch, die Gewerkschaften, das Reichsbanner von uns zu lösen. Sie versucht heute **Leipziger, morgen Tarnow** und übermorgen einen Dritten von uns fortzuloben. Das ist uns ein Beweis

dafür, wie sehr die geschlossene Einheit der Eisernen Front der Reaktion ein Dorn im Auge ist. Auch die kommunistischen Arbeiter sollten erkennen, daß der Widerstand der Eisernen Front gegen den Faschismus die Einheit der Arbeiterklasse darstellt. Am 6. November liegt es bei der Wählerschaft, die Provokationen des Herrn von Papen zu beantworten. Wir sagen den Wählern: Habt den Willen und ihr habt die Macht!

In den überfüllten **Germania-Sälen**, in denen **Genosse Stämpfer** sprach, gab der Arbeiter-Volkspreis-Verband durch Vortrag des Freiheitsgedichts von **Bruno Schönlank** der Veranstaltung eine erhebende Einleitung.

Die Tomatenkommission

Auch in Kopenhagen abgeblitzt

Die Tomatenkommission des Freiherrn v. **Braun** hat jetzt mit dem Abschluß der Besprechungen in Kopenhagen die letzte Etappe ihrer Europareise hinter sich. Das Ergebnis der Verhandlungen mit Dänemark war, wie nicht anders vorauszusehen, gleichfalls eine große Pleite.

Nach einer Meldung von zuständiger Stelle haben die deutschen Vertreter die Absichten ihrer Regierung über die Kontingentierung der Einfuhr von **Schlachtwie, Schmalz und Käse** dargelegt. Die dänischen Vertreter haben in eingehender Aussprache ihre grundsätzlichen Bedenken sowohl gegen die Kontingentierung überhaupt, wie gegen die Kontingentierung der genannten Waren im besonderen auseinandergesetzt. Uns Deutsche überseht heißt das nichts anderes, als daß die deutsche Tomatenkommission in Kopenhagen die gleiche schroffe Ablehnung ihrer Forderungen erfahren mußte, wie vor einigen Wochen in Holland. Eine schöne Serie von Körben, die sich die Papen-Regierung mit ihrer „grundsätzlich neuen“ Handelspolitik im Auslande geholt hat!

„Es ist zu spät!“

Protest der Handelshochschule

Bei der ersten Immatrikulation des neuen Semesters am 31. Oktober 1932 wandte sich der Rektor der Handelshochschule, **Prof. Dr. M. J. Bonn**, gegen die Herausnahme der Handelshochschule aus dem Ressort des Handelsministeriums. Er führte dabei u. a. aus:

„Das neue Hochschuljahr bringt uns eine Ueberladung. Statt dem Handelsministerium wird die Handelshochschule dem Kultusministerium unterstellt werden. Damit eine Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung erfolge. Dem Vernehmen nach ist die Landwirtschaftliche Hochschule in diese Umgruppierung nicht einbezogen worden und sie wird sicher nicht wünschen, diese Ausnahme damit zu begründen, daß sie eine Fachschule sei. Die Um-

stellung ist ohne unser Wissen erfolgt, und ohne daß uns Gelegenheit gegeben worden ist, unsere sachlichen Einwände geltend zu machen. Als wir, durch einen Zufall ins Bild gefehlt, diese Einwendungen vortragen konnten, wurde nicht etwa der Versuch gemacht, sie als nicht stichhaltig zurückzuweisen, sondern es wurde uns bedeutet, es sei zu spät.“

USA.-Wahlkampf

Wettlauf um die Arbeitslosen

So stark auch die Gewerkschaften in USA. geworden sind — die politische Arbeiterbewegung hat längst nicht entfernt die Bedeutung erlangt können wie in Europa. Ungeheure Arbeitslosigkeit, verschärft durch völliges Fehlen obligatorischer Arbeitslosenversicherung, ja selbst öffentlicher Fürsorge, hat die Hoover'sche „Prosperity“ abgelöst. Mit dem Herannahen des Neuwahltermins liegt in der Parlamentsmehrheit der Republikaner wie in der Konkurrenzpartei der Demokraten die Erkenntnis, daß etwas getan werden müsse, um die Arbeitslosenmasse nicht inne werden zu lassen, daß sie von diesen bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben, wenn diese nicht durch eine starke sozialistische Bewegung gezwungen werden, durch Sozialpolitik die Folgen kapitalistisch-planloser Ueberproduktion auszugleichen. So kamen die Milliardenbewilligungen für gewaltige Arbeitsbeschaffung — aber die Finanznot und die Unfähigkeit, das Geld dort herzunehmen, wo es ist, ließ diese pomphaft angekündigten und schmetternd ausposaunten Befehle Papier bleiben.

Das Massenelend dauert unverändert fort. Bezeichnend dafür, daß man die Stimme der Not nicht mehr zu erlösen wagt, ist die Demonstration von — angeblich nur 1300 Arbeitslosen in Chicago, darunter hundert Kinder; unter den Standarten war auch eine gegen die Ausweisungen Arbeitsloser aus ihren Wohnungen.

Hoover aber bleibt Gegner direkter Erwerbslosenunterstützung. Soeben hat er sie in einer New-Yorker Wahlrede wieder abgelehnt, weil sie für 10 Millionen Arbeitslose jährlich 9 Milliarden Dollar kosten würde. Er appelliert an das Volk, die Republikaner wieder zu wählen, weil sonst das soziale System wegschmelze und der Kapitalismus zunehmen würde. Den Demokraten sagt Hoover Inflationsabsichten nach, vor denen er, unter Hinweis auf Deutschland 1923, eindringlich warnt.

Roosevelt aber, Hoovers Gegenkandidat, tritt sogar schon für die Einführung der Fünf-tagearbeitswoche ein. Außerdem bezeichnet er es als notwendig, den Arbeitslosen dort, wo die Staaten und die Gemeinden verlagerten, vom Bund zur Hilfe zu kommen. Ein weiteres Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei die schnelle Vergebung von Arbeitslosen.

Der Wahltag des 4. November wird zeigen, ein wie großer Teil der Arbeiter und Angestellten diesen Versprechungen des Demokratenführers vertraut.

Zeigt Bekennermüt!

Fahnen heraus!

Verrat am Klasseninteresse!

Der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie — zur Freude der Nazis!

Die Zentrale der KPD, betreibt den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse im großen. Ihre Parole: „Den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie“ bedeutet die Fortsetzung der Spaltungstaktik, die Sabotage der Herausbildung einer geschlossenen Klassenfront der Arbeiterklasse gegen die soziale und politische Reaktion. Was die Zentrale der KPD im großen betreibt, besorgen ihre Funktionäre im Lande im kleinen. Eine Fülle von Schurkenstreichen gegen die Arbeiterinteressen, von Lumpereien kleineren und größeren Stils ist die Folge der verräterischen Parole der KPD-Zentrale. Dabei geraten die KPD-Funktionäre in höchst bedenkliche Nachbarschaft zu den Hitler-Garden.

Wir greifen zwei typische Fälle der Sabotage der einheitlichen Klassenfront heraus. Im Saargebiet hatte Gewerkschaftssekretär Raub im Mittellungsblatt des Einheitsverbandes in einer Betrachtung über die Kampfausichten der Arbeiterklasse das Zusammengehen von SPD und KPD, erörtert. Die sogenannte „Arbeiterzeitung“, das Organ der Kommunisten im Saargebiet, antwortete darauf: „Es gibt in keinem Falle ein Zusammengehen von KPD und SPD, auch nicht, wenn wir die akutesten Fragen aufröhen, den Kampf der Bergarbeiter gegen den Lohnabbau.“

Noch im akuten Kampf, noch in der unmittelbaren Auseinandersetzung gegen den Klassenfeind geht den Kommunisten der Haß gegen die Sozialdemokratie über die Kampfinteressen des Proletariats!

In Willkau in Sachsen, einem Arbeiterort in der Nähe von Zwickau, gibt es in der Gemeindeverwaltung eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Gemeinde hat einen sozialdemokratischen Bürgermeister der jederzeit das Vertrauen der Arbeiterklasse gerechtfertigt hat und deswegen von den Nationalsozialisten auf das heftigste bekämpft wird. Der Bürgermeister stellte sich zur Wiederwahl. Die Kommunisten aber zerschlugen die proletarische Mehrheit.

Sie stimmten gegen die Wiederwahl — auf Befehl ihrer Zentrale und erzwangen die Ausschreibung der Stelle. Sie haben damit erwiesen, daß sie nichts anderes sind als Steigbügelhalter der Nazis!

Bei solcher Haltung der Kommunisten ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Nationalsozialisten ihre Hoffnungen auf die Kommunisten setzen. Die Nazis haben das richtige Gefühl dafür, wie sehr die verräterische Haltung der Kommunisten den Auftraggebern der braunen Kapitalmächte nützt! In einer Naziverammlung in Leiden bei Achaffenburg sprach der Nazilandtagsabgeordnete Wohlgemuth aus Achaffenburg, seines Zeichens Steuerpraktikant. Als er empfand, daß seine Deklamationen ohne Eindruck blieben, rief er aus:

„Wenn Sie schon nicht nationalsozialistisch wählen wollen, dann ist es besser, Sie wählen kommunistisch und nicht sozialdemokratisch!“

Wir haben es bei früheren Wahlkämpfen erlebt, daß prominenteste Führer der KPD, den Arbeitern zugerufen haben: „Wenn ihr schon nicht kommunistisch wählen wollt, dann wählt lieber

Achtung, Abteilungsleiter!

Umhängenplakate, Resultatzettel, Blocks usw. sind heute am Mittwoch im Sitzungssaal des Bezirksverbandes gegen Ausweis abzuholen.

Hakenkreuz statt SPD!“ Jetzt hören wir dieselbe Parole von der anderen Seite!

Diese Parole und der Haß, der daraus spricht, ehrt die Sozialdemokratische Partei! Aber muß nicht jedem ehrlichen Arbeiter die Schamröte ins Gesicht steigen bei dem Gedanken, daß die Parole der Zentrale der KPD: „Den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie“ zugleich die Parole der Nationalsozialisten ist?

Muß nicht jeder kommunistische Arbeiter das Vertrauen, das die Nazis in die KPD, setzen, wie einen Faustschlag in das Gesicht, wie eine Entehrung empfinden?

Der Faschismus sucht die Bundesgenossenschaft

der KPD, gegen die Partei der Arbeiterklasse, gegen die Sozialdemokratie, und die KPD, gewährt sie ihnen!

Gibt am 6. November die Antwort auf diesen Verrat! Wählt sozialdemokratisch! Wählt Liste 2!

Die Ebert-Marken

Das Reichspostministerium teilt zu unserer Anfrage mit, daß die Briefmarken mit dem Bildnis Friedrich Eberts in demselben Umfange wie bisher gedruckt und ausgegeben würden.

Herriots Madrider Reise

Marokko im Hintergrund

Seit dem Umsturz in Spanien hat es die französische Politik durch geschickte Gesten verstanden, die früheren Mißlichkeiten zwischen Frankreich und Spanien größtenteils zu beseitigen und neue Freundschaftsbände zu knüpfen. Zu diesem Zweck ist Herriot am Montag in Madrid eingetroffen, wo er von der Regierung und der Bevölkerung mit großer Herzlichkeit empfangen wurde. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die gemeinsamen Interessen in Marokko besprochen und angeblich sogar eine gegenseitige Unterstützung im Kampfe gegen rebellierende Stämme in Südwestmarokko und in der angrenzenden Kolonie Rio del Oro besprochen worden sein.

Die Blutschuld der Nazis

Sie wird amtlich festgestellt

Hamburg, 1. November.

Die Hamburger Polizeipressestelle teilt zu den politischen Zusammenstößen, die sich am Sonntag an verschiedenen Stellen der Stadt ereignet haben, u. a. mit:

Gegen 10.30 Uhr marschierten durch die Wendensstraße etwa 150 der SA, bzw. der SS, der NSDAP, angehörige Personen. Einschreitenden Polizeibeamten wurde Mitteilung, daß aus diesem Trupp heraus Schüsse abgegeben waren. Es stellte sich dann bald heraus, daß im Haidenkompassweg ein Passant Handlähmungsverletzungen hatte und ein in der Sachsen-

Schlange-Schönungen gegen Junfer

„Die Herren sollten weniger reden und mehr Taten zeigen!“

Zu einer hochnotpeinlichen Abrechnung mit der Papen-Regierung und den ostelbischen Junkern wurde ein Vortrag des früheren Osthilfeministers Schlange-Schönungen, der in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft über „Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Agrarpolitik“ sprach.

Man erinnert sich, daß es das Osthilfeprogramm Schlanges war, das die bankrotteten Junker an höchster Stelle als „Polischiwismus“ angepöbeln hatten, das den Sturz des Kabinetts Brüning zur Folge hatte. Schlange, selbst Großgrundbesitzer, hat Hohlkourage genug, seinen junkerlichen Berufsgenossen ihren Eigennutz, der die gesamte Landwirtschaft ins Verderben reißen muß, ihre Kurzsichtigkeit gegenüber anderen Wirtschaftskreisen, ihre nationalpolitische Gefährlichkeit in Fragen der Ostpolitik vorzuhalteln.

Die Osthilfeverordnung vom November vorigen Jahres, die einen ungeheuerlichen Eingriff in die Gläubigerrechte bedeutete und eine wirtschaftliche Lahmlegung großer Teile Ostdeutschlands brachte, sei nur zu rechtfertigen gewesen, wenn sie schnell zu Ende geführt wurde. Tatsächlich sei die Sanierung des Ostens im Frühjahr stecken geblieben, weil die Junker und mit ihnen die Papen-Regierung nur den ersten Teil — die Hilfe auf Kosten der anderen Wirtschaftsgruppen (Gläubiger) — wollten, weil sie sich der Ausweidung sanierungsunfähiger Betriebe, der Durchführung einer großzügigen Siedlungsaktion aufs äußerste widersetzen. Inzwischen hätten die verantwortlichen



„Wer das richtig zusammenzählen kann, der ist ein besonders gescheiter Junge!“



„Bravo, mein Junge, du hast begriffen, was bei dieser Wahl jeder wissen muß!“

straße wohnhafter Mann durch ein in seine Wohnung gedrungenes Geschloß am linken Ohr verletzt worden war.

An von den Nationalsozialisten an Ort und Stelle fortgeworfenen Waffen fielen der Polizei mehrere Pistolen, feststehende Messer und Hiebwerkzeuge in die Hände. Es ist weiter festgestellt, daß in dem fraglichen Trupp marschierende Nationalsozialisten Schusswaffen in einen der Zeugmeister der NSDAP, gehörenden Kraftwagen, welcher dicht an den Trupp herangefahren war, geworfen hatten. Der Führer des Kraftwagens fuhr dann mit rasender Geschwindigkeit davon.

Nach Zeugenaussagen sind von Nationalsozialisten aus einem Toreingang des Bahnhofes in der Wendensstraße Revolverstücke abgegeben worden. Auch wurden mit Pistolen bewaffnete gewesene Nationalsozialisten gesehen.

Streik im Arbeitsdienst. Im Altonaer freiwilligen Arbeitsdienst haben über 1000 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die von der Stadt bezahlte Sonderzulage von 1 M. auf Grund der neuen Reichsbestimmungen nicht mehr gezahlt werden kann.

Der Bullerjahn-Prozeß

Ein Wiederaufnahmeverfahren

Am 3. November wird endlich der Fall des wegen Landesverrats zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilten Walter Bullerjahn vor dem Reichsgericht neu verhandelt werden. Er sollte ein verstaubtes Waffenlager der Berlin-Karlshofer Industrie-Werke, bei denen er als Oberlagerverwalter tätig war, der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission verraten haben.

Das am 11. Dezember 1925 ausgesprochene Urteil des Reichsgerichts stützte sich auf zwölf Indizien, unter denen sich solche befanden, daß Bullerjahn „auffallend aufgeregt und nervös“ gewesen sein soll, daß Bullerjahn von den gefundenen Waffenlagern (als Oberlagerverwalter) Kenntnis hatte und daß dieser Porath, der seit Jahren im Zuchthaus ist, nicht mehr als Zeuge geladen worden ist.

Der von der Deutschen Liga für Menschenrechte betriebene Fall Bullerjahn kam dadurch ins Rollen, daß der damalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Levi 1926 im Reichstag die ungeheuerliche Mitteilung machte, daß Bullerjahn auf Grund eines Zeugnisses vom Hörensagen verurteilt worden sei. Erst 1928 gelang es, der Öffentlichkeit folgenden Tatbestand mitzuteilen, der einen Sturm der Entrüstung der gesamten Juristenwelt nach sich zog. Vor dem Kriminalkommissar Göpner erschien der Generaldirektor Paul von Gontard und gab an daß er aus englischen Kreisen der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission gehört habe, daß Bullerjahn der Verräter sei.

In dem Prozeß verlangte Bullerjahn und sein Verteidiger die Namensnennung dieses Zeugen. Selbstverständlich aber hatten die Beamten (Untersuchungsrichter und Kriminalkommissar), die vor Gericht diese Zeugenaussage vertraten, keine Aussagegenehmigung über die Persönlichkeit des Zeugen. Sie berichteten dem Reichsgericht nur, daß es sich um einen „über allen Zweifel erhabenen, unbeteiligten“ Zeugen handle.

Die Öffentlichkeit ist inzwischen darüber unterrichtet, daß Herr von Gontard, der Generaldirektor des Werkes, in dem der Verrat verübt worden ist, nicht unbeteiligt genannt werden kann. Und weiterhin steht durch Persönlichkeiten wie dem verstorbenen Großindustriellen Louis Hagen und dem früheren Aufsichtsratsvorsitzenden der Berlin-Karlshofer Industrie-Werke Quandt (geschiedener Gatte der Frau Goebbels) fest, daß Herr von Gontard nicht als „über allen Zweifel erhabener“ Persönlichkeit angesehen werden darf, als die man sie vor dem Reichsgericht erscheinen lassen wollte. Herr von Gontard ist als Zeuge geladen.

Als Prozeßdauer sind vierzehn Tage vorgesehen. Der Prozeß wird zum größten Teil in Leipzig durchgeführt werden. Zwei Lokalttermine werden in Berlin stattfinden, wo im Hause des Oberpräsidenten am Kaiserdamm verhandelt werden wird. Den Vorsitz führt Senatspräsident Dr. Büniger, während Bullerjahn selbst von Dr. Kurt Rosenfeld verteidigt wird.

Die Regierungsmahnahmen (Combardierung) seien Verschleierungsmahnahmen,

die den Zusammenbruch nicht verhindern könnten, selbst bei geschicktester Pressepropaganda. Die deutsche Weizenausfuhr nach England müßte trotz des neuen Zolls aufrechterhalten werden; ein Teil des Getreideüberschusses müßte ins nächste Erntejahr hinübergenommen werden (was aber, wenn im nächsten Jahr wieder ein Ernteüberschuß sich ergibt? D.Red.) Im übrigen könnte die Landwirtschaft selbst noch sehr viel tun, um in der Beredelungswirtschaft die Konkurrenz des Auslandes zu beseitigen.

Schafft Munition für den Wahlkampf Unterstützt den Kampf für Freiheit und Brot

Freiwillige Spenden auf Postscheckkonto 14157 (Adolf Holz)

Schlaf Patent-Moebel Patent nur von Jaekel Kataloge gratis Berlin SW, Markgrafen-Ecke Kochstrasse 5*

Schützt die sozialen Errungenschaften!

Holt das Verlorengegangene wieder! Kämpft mit uns für den Sieg des Sozialismus!

Die kommunistische Presse hatte den Bericht über die neuesten Beschlüsse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale mit einem Artikel begleitet, in dem der Satz vorkam: „Das Ende der sozialen Reformen bedeutet den gesteigerten Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“ Zu gleicher Zeit aber wurde die Parole ausgegeben, den „Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie“ zu führen.

Bisher hatten die kommunistischen Parteiführer den Arbeitern immer einzureden versucht, es gäbe gar keine sozialen Errungenschaften. Jetzt aber rufen sie zu ihrer Verteidigung auf, zur Verteidigung der gleichen Errungenschaften, die die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in jahrzehntelangem opferreichem Kampfe erobert haben.

Wenn es nach den Kommunisten gegangen wäre, so ständen die deutschen Arbeiter den Angriffen der Reaktion ohne jeden sozialen Schutz gegenüber. Die kommunistische Führung hat nämlich alles getan, um das Zustandekommen der sozialen Errungenschaften zu verhindern. Hier ist der dokumentarische Beweis dafür.

Die Kommunisten gegen die Arbeitslosenversicherung

Vor dem Kriege gab es in Deutschland keine öffentliche Unterstützung der Arbeiter im Falle der Erwerbslosigkeit. Nur die Gewerkschaften haben ihren arbeitslos gewordenen Mitgliedern Beistand geleistet. Eine der ersten Taten der sozialdemokratischen Volksbeauftragten war die Arbeitslosenfürsorge. Dieses System ist im Jahre 1927 durch das Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung abgelöst worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihnen ihre Zustimmung gegeben, obwohl es nicht alle Forderungen der Arbeiterschaft erfüllte. Die kommunistische Fraktion dagegen ließ in der Schlussabstimmung vom 7. Juli 1927 durch den Abgeordneten Kädel wörtlich erklären:

„Die kommunistische Fraktion hat bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist. . . Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik ist, ab.“

Die Kommunisten haben also die Arbeitslosenversicherung nicht etwa deswegen abgelehnt, weil sie zu wenig brachte, sondern weil sie „grundsätzlich“ gegen das Gesetz waren.

Die Kommunisten gegen die Krisenfürsorge

Die gleiche ablehnende Stellung hat die kommunistische Reichstagsfraktion eingenommen, als es sich darum handelte, den in der Versicherung ausgesetzten Erwerbslosen den weiteren Bezug von Unterstützungen zu sichern. In der Reichstagsitzung vom 13. November 1926 erklärte Frau Arendsee ausdrücklich: Wir werden gegen die Krisenfürsorge stimmen und die Erwerbslosen zum Kampfe aufrufen.“ Und am 11. Juli 1928 hat der kommunistische Reichstagsabgeordnete Kädel ausgerufen:

„Ja, noch im Wahlkampfe brüstete sich die Sozialdemokratie damit, daß sie mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz eine wesentliche sozialpolitische Errungenschaft erobert habe.“

In der gleichen Sitzung bezeichnete Herr Kädel die Krisenfürsorge „als das Resultat der sozial-reaktionären Bürgerblockpolitik“, an der die Sozialdemokratie mitgeholfen habe. Wie froh wären die Erwerbslosen, wenn sie heute die gleichen Unterstützungen beziehen würden, wie in den Jahren, als die Sozialdemokratie ihren Einfluß auf Erhaltung und Erweiterung der sozialen Leistungen ausüben konnte!“

Ist das revolutionärer Klassenkampf?

Nein, das ist eine Hirnverbranntheit, die den Klassenkampf des arbeitenden Volkes aufs schwerste schädigt!

Beendet den Bruderkampf!

Für die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, für Demokratie und Sozialismus mit

Liste 2 Sozialdemokraten

Die Kommunisten gegen den Kündigungsschutz

Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion hat der Reichstag im Sommer 1926 einen Kündigungsschutz für ältere Angestellte geschaffen. Bis dahin hatten die Unternehmer mit Vorliebe zuerst die älteren Angestellten auf die Straße geworfen. Durch die Verlängerung der Kündigungsfrist bis zu sechs Monaten wurde den älteren Angestellten eine, wenn auch beschränkte Sicherheit gegen die sofortige Vernichtung ihrer Existenz geboten. An dem Widerstand der bürgerlichen Parteien ist damals eine weitere Ausdehnung dieses Schutzes gescheitert. Was tat die kommunistische Fraktion? In der Reichstagsitzung vom 2. Juli 1926 erklärte der Abgeordnete Torgler:

„Wir werden selbstverständlich gegen diesen lächerlichen Regierungsentwurf stimmen. Wir werden aber auch gegen den Antrag der Regierungsparteien stimmen, weiter. . . lediglich ein Palliativmittelchen ist.“

Die vielen Tausende von älteren Angestellten, die seitdem gemerkt haben, was der Kündigungsschutz für sie bedeutete, werden es sicher nicht vergessen, daß die Kommunisten dagegen gestimmt haben.

Die Kommunisten gegen das Arbeitsgerichtsgesetz

Die Neuregelung des Arbeitsgerichtswesens, die im Jahre 1926 durchgeführt worden ist, hat eine wesentliche Verbesserung bei der Austragung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsrecht gebracht. Vor der Schlussabstimmung am 11. Dezember 1926 erklärte der kommunistische Abgeordnete Berk:

„Wenn man sich nicht an den äußerlichen Klang des Wortes „Arbeitsgericht“ hält, sondern sich mehr um das innere Wesen der ganzen Materie kümmert, muß man zu der Überzeugung kommen, daß dieses Gesetz keine Reform, am allerwenigsten eine soziale Reform darstellt. . . Man wird sehen, daß im Arbeitsrechtswesen kein anderer Zustand herbeigeführt wird, ja, er wird noch schlechter durch dieses Gesetz und deshalb auch unsere ablehnende Stellung.“

Inzwischen hat „man“, nämlich die Arbeiterschaft gesehen, daß das Arbeitsgerichtsgesetz trotz mancher Mängel im einzelnen doch einen Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen darstellt, also eine soziale Errungenschaft ist, zu deren Verteidigung jetzt auch die kommunistische Parteileitung aufruft.

Gegen kapitalistische Reaktion

So hat die kommunistische Reichstagsfraktion auch die Erweiterung des Schutzes für Schwangere und Wöchnerinnen, die Ausdehnung der Unfallversicherung, wie überhaupt jede Erhöhung der sozialen Leistungen abgelehnt. Sie ist auch stets gegen das Tarifrecht aufgetreten. Nur in einem Falle machte sie eine Ausnahme. Am 23. Juli 1926 stimmten die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten für das Reichsknappschafftsgesetz. Diese vernünftige Haltung trug der kommunistischen Fraktion aber eine scharfe Rüge erst durch ihre Presse und dann durch die Leitung ihrer Partei ein.

Wir brauchen diesen Tatsachen nicht mehr viel hinzuzufügen. Sie zeigen, daß alle sozialen Errungenschaften das Werk der Sozialdemokratie sind. Die kommunistische Partei hat ihre Schaffung zu verhindern gesucht, sie leistet der Reaktion bei ihren Angriffen auf die Sozialgesetzgebung Vorschub, wenn sie dazu auffordert, den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu richten.

Jetzt lassen die Kommunisten in Berlin Plakate gegen die Regierung Hermann Müller anschlagen, als ob diese immer noch im Amte wäre und als ob es keine Regierung der Barone gäbe!

Rathaus gibt Anschauungsunterricht

Die altbewährte Nebeltaktik — Kommunalpolitik und 6. November

Es ist eine alte Erfahrung, daß alle völkfeindlichen Parteien vor einer Wahl die ihre Stellungen einzunehmen pflegen, daß sie in den letzten Wochen vor der Wahl allen klaren Entscheidungen ausweichen, um ihren wahren Charakter nicht allzu offen in die Erscheinung treten zu lassen. Diese Taktik haben sie auch im Berliner Rathaus verfolgt. Aber eine günstige Konstellation hat es zuwege gebracht, daß sie trotzdem oder vielleicht gerade dadurch ihr wahres Gesicht mit aller wünschenswerten Deutlichkeit enthüllt haben.

Zwei wichtige Fragen standen in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Debatte: die Bezirksreform und die Neuwahl dreier Magistratsmitglieder. Die eine forderte eine sachliche, die andere eine personelle Entscheidung. Zu beiden haben sich die „aufbauwilligen“ Kräfte im Rathaus im Verein mit den Kommunisten als unfähig erwiesen. Bei beiden reichte es zu weiter nichts, als zu einem Verlegenheitsbeschluss, der die innere Unsicherheit dieser neuen Rathausmehrheit schlaglichtartig beleuchtet.

Die sachliche Beratung der Bezirksreform hatte im Ausschuss eine Mehrheit, bestehend aus Deutschnationalen, Wirtschaftspartei, Zentrum und Kommunisten, unmöglich gemacht, in dem sie einen kommunistischen Antrag annahm, der die Vorlage in Bau und Bogen ablehnte. Gerade die größten Schreier nach spärlicher Wirtschaft, nach Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung haben nicht einmal den Versuch gemacht, Verwaltung und Verfassung Berlins daraufhin sachlich durchzuprüfen. Sie verlagten kläglich, als es galt, die agitatorischen Phrasen in reformerische Arbeit umzusetzen. Im Ausschuss wie im Plenum. Denn als am Donnerstag nun im Plenum eine klare Entscheidung im ganzen wie im einzelnen nicht mehr zu umgehen war, da fiel diese „Mehrheit“ der Reinsager kläglich auseinander. Sie brachte nicht einmal mehr den Mut der eigenen Überzeugung auf. Die im Ausschuss erst die Beratung sabotiert hatten, wußten nun selber keinen anderen Ausweg mehr, als die Vorlage an den Ausschuss zurückzuverweisen, der sich in diesen Tagen von neuem mit dem Magistratsplan zu beschäftigen hat.

Dieselbe deutschnational-kommunistische Bundesgenossenschaft bewährte sich auch bei den Stadtratswahlen.

Ging es doch auch hier gegen den gemeinsamen Hauptfeind, die Sozialdemokratie. Die Wiederwahl eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsdezernenten, die gesichert erschien, mußte unter allen Umständen verhindert werden. Und weil es nicht anders ging, wenigstens verschoben werden: Zeit gewonnen, alles gewonnen! Als die Nazis mit ihrem Schrittmacherantrag auf Vertagung nicht durchdrangen, spannten sich die Kommunisten abermals selber vor den gemeinsamen Karren. Ihr Antrag auf Ausschreibung der Stellen war um so widersinniger, als sie selber mit der Auswahl ihrer Kandidaten (sie waren danach!) längst fertig waren. Aber die Reaktionskräfte von den Nazis über die Deutschnationalen bis zur Wirtschaftspartei ergriffen begierig den hingeworfenen Strick, um die Wahl eines Sozialdemokraten ausgerechnet im Wohlfahrtsdezernat zu verhindern. Was kümmerte diese Sorte von Possidern sachliche Notwendigkeiten, was persönliche und sachliche Eignung! Seit wenig mehr als einem Jahr arbeitet wieder

ein vollzähliger Magistrat, und schon — mitten in den schwierigsten kommunalpolitischen Vorarbeiten für den kommenden schweren Winter — läßt man wieder drei wichtige Dezernate auf Wochen, auf Monate unbeseht. Darunter das Wohlfahrtswesen und den Tiefbau, der heute als Spezialdezernat für Notstandsarbeiten gelten kann! Ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode. Die Methode der Sabotage aller wirklich aufbauenden kommunalen Arbeit in einer Zeit, die so gern von Aufbau und Ausbruch faselt, wo in Wahrheit Reaktion gemeint ist. Wasser auf die Mühlen derer, die den lebendigen Kräften der Selbstverwaltung mit aller Gewalt zu Leibe wollen. In einer Epoche des schmähligen Verfassens so vieler Parlamente konnte der sozialdemokratische Sprecher in seiner Protestrede gegen die anmahenden Brachtischen Erlasse mit Recht darauf hinweisen, daß die

Berliner Stadtverordnetenversammlung bisher ihre Aufgaben trotz aller Nöte der Zeit und trotz aller schwierigen Parteikonstellationen voll erfüllt habe:

Der Erfolg sozialdemokratischer Arbeit für die Interessen des Volkes, der werktätigen Massen. Beschlüsse, wie die der letzten Woche, gefährden in ihrem Zusammenspiel von reaktionärer und kommunistischer Sabotage den Erfolg dieser Arbeit aufs äußerste. Wer in der heutigen Zeit noch Gründe oder Vorwände schaffen hilft, um die Mitwirkung der Volksvertretung zu schmälern oder auszuschalten, ist in aller Öffentlichkeit als Feind des Volkes, als Helfer der Nazi-Barone gebrandmarkt. Augen auf! Es geht am 6. November nicht nur um das Reich, nicht nur um Preußen, es geht auch um die Gemeinden.

Wählt Sozialdemokraten!

Flaggen der Freiheit wehen

Unsere Flaggen werben für die Liste 2

Nur noch wenige Tage trennen uns vom Wahlsonntag. Der Wahlkampf, der anfangs von allen Parteien mit weniger Aufwand von Papier als früher geführt wurde, wird jetzt von Tag zu Tag leidenschaftlicher. Die Sozialdemokratie führt in allen Bezirken der Stadt eine starke Propagandatätigkeit durch Versammlungen, Flugblattverbreitung und Agitation von Haus zu Haus durch.

Mit alter Heftigkeit ist der Flaggenkrieg wieder entbrannt. Seit Sonntag kämpfen wieder



zahlreiche Flaggen an den Häuserfronten Berlins um die Herzen der Wähler. Fast ausschließlich sieht man Flaggen, bei denen rot überwiegt, die Reichsregierung könnte mal eine kleine Exkursion durch die Straßen machen und sich überzeugen, wieviel Menschen sich zum reaktionären Schwarzweißrot noch bekennen.

Aber desto stärker ist die Verschiedenartigkeit der Embleme auf den roten Flaggen. Sie gibt ein anschauliches Bild von der Zersplitterung der Arbeiterschaft. Allerdings in den reinen Arbeitervierteln des Nordens und Ostens kämpft fast nur

der kommunistische Hammer und Sichel gegen die drei Pfeile der Eisernen Front. Die Hakenkreuze sind mehr im Westen der Stadt und auf den Geschäftsstraßen zu sehen. Auch ein Zeichen dafür, wo die „Arbeiter“ der Nazi-Partei sitzen.

Für uns alle heißt es, die letzten Tage vor der Entscheidung zu nützen. Wir heißen die alten Sturmflaggen! Bolle Stolz zeigen wir das Zeichen der Freiheit, die drei eisernen Pfeile, die das Gespenst des Hakenkreuzes verjagen werden. Überall in der Stadt müssen unsere Flaggen dem Straßenbild das Gepräge geben und jedem Wähler die Erkenntnis einhämmern: Wer für Freiheit und Sozialismus ist, wählt am 6. November nur die

Liste 2 der Sozialdemokratie.

„Schulstreik“

In ihrem Kampf gegen die weltlichen Schulen haben die Ruder neuerdings die Kommunisten auf ihrer Seite, die sich wieder einmal als getreue Helfer der Reaktion bewährt haben. Die 29. Gemeinde- (weltliche) Schule in der Köpenicker Straße erlebt jetzt einen „Schulstreik“, den 53 kommunistische Eltern — von etwa 500 Eltern der Kinder dieser Schule — beschlossen haben. Gelegenheit dazu bot der auf Grund von Sparmaßnahmen erfolgte Abbau eines Lehrers. Selbstverständlich muß man gegen solche kulturwidrigen, die Kinder schädigenden Maßnahmen energisch ankämpfen. Doch kann ein solcher Kampf nicht von 6- bis 14jährigen Kindern erfolgreich durchgeführt werden, insbesondere dann nicht, wenn ein solcher Streik diktiert ist von einer parteipolitisch eingestellten Minorität der Eltern, wie es an der 29. Gemeindegemeinschaft der Fall ist. Der größte Schlag aber gegen den weltlichen Schulgedanken ist die Form, in der dieser „Kampf“ sich abspielt: der Schuleingang ist mit Streikparolen beschriftet. Kinder stehen Streikposten und hindern durch Drohungen und Tätschleiten die Kleineren und Schwächeren am Schulbesuch. Gruppen kommunistischer Kinder erklären den Kindern sozialdemokratischer Eltern, daß sie sie verprügeln

werden! Trotz diesem Terror, obwohl die noch zur Schule gehenden Kinder förmlich Spießruten laufen müssen, besuchen die meisten Kinder den Unterricht.

In der den Streit beschließenden Versammlung bemühte sich der Rektor der Schule vergeblich, die der Wahrheit widersprechenden Ausführungen des kommunistischen Vorsitzenden des Elternbeirats richtigzustellen. Man gab ihm einfach nicht mehr das Wort. Solche Methoden sind wahrlich nicht geeignet, die weltlichen Schulen in ihrem schweren Existenzkampf zu fördern. Sie sind Wasser auf die Mühlen der Reaktion.

Polizei am Wahltag

Die Sicherungsmaßnahmen

Die polizeilichen Maßnahmen für den Wahltag werden sich ungefähr in dem gleichen Rahmen halten, wie bei den letzten Wahlen. Im ganzen Stadtgebiet wird ein verstärkter Streifendienst unter Einsatz von Schnellwagen aufrechterhalten werden, die Wahllokale werden in der üblichen Weise gesichert, ebenso die Bannmeile und die Polizeieinheiten. Für den Einsatz größerer Polizeikräfte im Fall von Zusammenstößen zwischen den politischen Gruppen werden die entsprechenden Reserven bereitgehalten. Die öffentliche Bekanntgabe von Wahlergebnissen durch Aushänge, Transparente und Lautsprecher wird voraussichtlich wieder unterjagt, um größere Ansammlungen und damit die Gefahr von Zusammenstößen zu vermeiden. Wann der Alarmzustand für die Berliner Polizei beginnen, bzw. endigen wird, steht noch nicht fest.

Kopffäger in Bulgarien

Menschen spurlos verschwunden

Sofia, 1. November.

In Varna, dem bulgarischen Seebad, herrscht größte Aufregung über rätselhaft, völlig ungeklärte Mordtaten der letzten Monate. Das Selbstmord und Grausige ist, daß Leute verschwinden, von denen man später nur noch die abgetrennten Köpfe findet, und zwar in drei Fällen in Brunnenhäfen außerhalb der Stadt.

Schon vor mehreren Monaten wurde im Schacht eines Ziehbrunnens der Kopf einer jungen Frau gefunden, jetzt hat man wieder in einem anderen Ziehbrunnen außerhalb der Stadt die Köpfe zweier junger Mädchen gefunden. Gleichzeitig wird das Verschwinden

Achtung, Kreisleiter!

Die Zentralwahllokale mit genauer Telefonnummer sind umgehend, evtl. telefonisch, dem Bezirkssekretariat (Wendt) anzugeben.

eines jungen Eisenbahnbeamten bekannt. In keinem Fall sind die Körper der Ermordeten aufgefunden worden. Die Namen konnten nicht festgestellt werden, und von keiner Seite sind Abgängigkeitsanzeigen eingelaufen. Die Polizei sucht in ganz Bulgarien Spuren zu entdecken, die zur Ergreifung des Mörders führen können. Vorläufig vermutet man, daß es sich nach dem Düsseldorf Vorbild, um einen ertanzigen Massenmörder, oder um einen Luftmörder handelt.



Wo man genießt, greift man zur „Saba“

Sie werden immer wieder feststellen, daß leidenschaftliche Raucher „Saba ohne“ wählen, weil ihre Qualität und Frische jeden Kenner voll befriedigt.



In wenig Worten

Von dem Landgericht III in Moabit hatten sich sieben Kommunisten, zum größten Teil Erwerbslose, wegen eines am 12. Juli d. J. auf zwei nationalsozialistische Motorradfahrer verübten Überfalls zu verantworten. Der kommunistische Gemeindevorsteher Kriening wurde wegen einfachen Landfriedensbruchs zu drei Monaten, zwei Arbeitslose wegen schweren Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Zwischen Pratteln und Zug bei Basel ist am Dienstag, kurz nach 11 Uhr, ein schweizerisches Militärflugzeug am Erdboden vollständig zerschellt. Der Pilot ist schwer verletzt.

Die andauernden und ergiebigen Niederschläge haben im gesamten Regierungsbezirk Stade (zwischen Weser und Elbe) verheerende Wirkungen hervorgerufen. Im Binnenland sind ausgedehnte Ueberflutungen zu verzeichnen. Niedrige Seen haben sich in der Oste- und Meheniederung gebildet. Die Feldwege sind vielfach derartig aufgeweicht, daß der Verkehr zur Einholung der

Rübenernte auf den Feldwegen verschiedentlich nur noch mit Schritten betrieben werden kann.

Ein mit 50 Arbeitern besetztes Dampfschiff kenterte am Montag in der Nähe der Guanoinfel Alacran bei Santiago de Chile. 15 Personen fanden den Tod in den Wellen.

In dem Augenblick, als eine Gruppe von etwa 45 Kindern im Hauptschiff der Kirche von Toulouse (Frankreich) versammelt war, um dem Religionsunterricht beizumohnen, stürzte die Decke der Kirche in etwa zwei Meter Breite ein, und die Steinmassen, die in das Mittelschiff fielen, verletzten 12 Kinder zum Teil so schwer, daß einige von ihnen in bedenklichem Zustand in ein Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Der Täter hatte an dem Mädchen einen Lustmord begangen. Später hat er die Leiche noch verflümmelt und ihr die Kleider vom Leibe gerissen. Als gerichtlicher Sachverständiger tritt Dr. Müller-Heyh, Berlin, auf. Der Angeklagte hat zwei ähnliche Verbrechen, die mit abgeurteilt werden, bei Dresden begangen. Die damals von dem Unhold überfallenen Mädchen konnten vor dem Fürchtlichsten noch bewahrt werden.

Diffieetragedie

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Kölnberg, 1. November.

In dem Fischerdorf Nef bei Köslin ertranken Montagabend die Fischer Will, Erich und Heinrich Erdmann und Erik Schmarz. Die Fischer waren mit ihrem Boot auf die Ostsee gefahren, um die Netze nachzusetzen. Von dieser Fahrt sind sie nicht wieder zurückgekehrt. Das Boot ist Dienstagmorgen am Strande bei Nef angefahren. Alle vier waren junge Menschen; einer war verheiratet und Vater eines Kindes.

In derselben Ostsee ertranken im Februar dieses Jahres ebenfalls drei Fischer.

Der Fehlbetrag im Potsdamer Haushalt. Der Potsdamer Fehlbetrag ist im laufenden Jahr auf 950 000 M. angewachsen. Die Deckung des Fehlbetrages soll entweder aus einer Erhöhung der Realsteuern oder der durch Rückgriffe auf die Reserven der Erneuerungsfonds erfolgen.

Zuslmord vor Gericht

Mit den entsetzlichen Folgen der Erbschaftssteuer eines Menschen haben sich heute die Potsdamer Geschworenen zu beschäftigen. Am 24. Februar dieses Jahres fand man auf einem Felde bei Bützbog die nackte Leiche der 24-jährigen Hausangestellten Erna Maiwald aus Hohenahlsdorf. Die Leiche wies zahlreiche Verletzungen auf. Die Kleider des Mädchens lagen in Fetzen zerrissen, auf dem Felde umher. Als Täter wurde der 22-jährige Metzger Richard Jehrich aus Höfgen ermittelt.

Notrufe der Hausfrauen

Der Kampf mit dem Pfennig — Teure „Abfallwurst“

Täglich erreichen den „Vorwärts“ Notrufe geplagter Hausfrauen, denen es mit den fargen Groschen der Wohlfahrtsunterstützungen nicht mehr möglich ist, ihre Familien satt zu machen.

Die meisten Zuschriften beschäftigen sich mit den Heringen. Von früh bis spät finden lange Debatten mit den Händlern statt, aber die Händler sagen, sie müßten selber für die Tonne Heringe 9 M. mehr bezahlen. Mehr noch als über die Preise ärgern sich die Hausfrauen über die mangelnde Qualität der deutschen Heringe. Diese Heringe — betonen die Frauen — sind innen rot und trocken und wenn man sie einlegt, werden sie hart. Da ist ein englischer Hering eben ganz etwas anderes.

Uebershaupt muß sich in der jetzigen Kohlz eit die Preisstellung für gute Heringe recht ungünstig auf deren Absatz auswirken. Das mag für den Fischhändler bedauerlich sein, aber solange ein Pfund Kohl etwa 5 Pf. kostet, ist diese Gemüsellart der schärfste Konkurrent des Heringes. An Fleisch ist natürlich bei der Zubereitung des Kohls nicht zu denken; höchstens ein Pfund Knochenfleisch für 10 Pf. oder ein Viertelpfund Hammeltalg für 10 Pf.

Damit sind wir bei den Fettpreisen, die nach wie vor ein unerträgliches Ständel sind. Von 55 Pf. für ein Pfund sind die Preise von Rindenfett und Schweinefett jetzt glücklich bis auf 80 Pf. gestiegen. Die Fleischpreise sind nicht annähernd so stark gestiegen; auch der Rohschmalzpreis ist „nur“ von 38 auf 42 Pf. pro Pfund, also etwa um 10 Proz. gestiegen. Der einzige Vorteil des Ausbratens von Schweinefleisch sind heute die Grieben, die mit Kartoffeln und Salz eine Mittagsmahlzeit hergeben müssen. Sonst aber haben den Vorteil von diesen läudlich teuren Fettpreisen die Margarinefabrikanten. Alle Arbeitslosen essen Margarine, deren Hersteller übrigens heute preiswerte und brauchbare Qualitäten herausbringen. Ebenso wie alle Arbeitslosen mit ihren 12,50 M. Wohlfahrtsunterstützung pro Woche sich nur Margarine leisten können, trinken sie natürlich nur „Spitzbohnen“. Das ist der neueste Ausdruck der Arbeitslosigkeit für ihren Kaffee. Täglich kann man es erleben, wie arbeitslose Männer, die einholen waren, zu ihren Frauen nach Hause kommen und schlaflos berichten, daß eben eine Frau im Kaffeegeschäft war, die ein Viertelpfund Kaffee für eine Mark kaufte. Das sind für unsere Arbeitslosen unerschwingliche Ausgaben geworden.

Wir betonen schon einmal, daß regelmäßiger Brotaufschlag und -belag die Hausfrau mehr kosten kann als das Mittagessen. Da aber die Erwerbslosen und Kurzarbeiter, denen es nicht viel besser geht als ihren stempelnden Kollegen, auch mal Appetit auf eine Scheibe Wurst haben, steigt die Nachfrage nach Wurstabfall. Es gibt nun vernünftige Schlächter, die geben einen ganzen Berg Abfallwurst (geplagte Wurst, abgeschliffene Scheiben usw.) für 10 Pf., ohne den Hausen zu wiegen. In einem Brief an uns schildert aber eine Frau, wie ein Schlächter in der Zentralmarkthalle 20 Pf. für ein Viertelpfund Abfallwurst verlangt! Vor ein paar Tagen war dieser Abfallwurst wegen beinahe ein Tumult in dieser Markthalle entstanden, weil die armen Hausfrauen mit Recht über den unerhörten Preis auf derlei empört waren. Denn man bekommt heute Brehwurst für 15 Pf., Zwiebelsteuertwurst für ebenfalls 15 Pf., Thüringer Blutwurst für 14 Pf. und schließlich Wurstschmalz für 10 Pf., immer ein Viertelpfund gerechnet.

Wie schwer die Erwerbslosen heute um die nackte Existenz zu kämpfen haben, erfährt man weiter daraus, daß viele bereits zu wöchentlichen Mietzahlungen übergehen. Würden sie sich den ganzen Monat über die Miete aufsparen, dann wäre die Verlockung zu groß, von dem zurückgelegten Betrag dann und wann eine Mark zu nehmen, um dafür Brot zu holen. Deshalb müssen in der heutigen Notzeit selbst die minimalsten Preisserhöhungen zu schwerer Verärgerung, wenn nicht Empörung der minderbemittelten Volksschichten führen.

Frauenkundgebung in Reinickendorf

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Partei gestaltete sich eine Film-Matinee am Sonntagvormittag im Residenz-Kino in Reinickendorf. Die einleitende Ansprache hielt Genossin Maria Kriehke. Der nachfolgende Film „Kameradschaft“ löste mehrere spontane Beifall der gesamten Zuhörer aus. In der Schlußansprache wies die Kreisleiterin, Genossin Martin, nochmals darauf hin, daß nach dem Vorbild der Kumpels im Film auch im politischen Kampf die Männer und Frauen gemeinsam als Kameraden zu stehen haben für den Sozialismus. Mit dem Schlußgefang der Internationale fand die außerordentlich stark besuchte Kundgebung ihr Ende.

Dampfer in Seenot!

Oslo, 1. November.

Der Sowjeldampfer „Stalin“, der auf der Fahrt von Tromsø nach den Sowjetkohlenbergwerken auf Spitzbergen war und 126 Männer und Frauen an Bord hatte, ist am Eingang des Eisfjords an der Westküste von Spitzbergen gestrandet. Er hat eine Ladung im Werte von 1,5 Millionen Mark an Bord. Der Bergungsdampfer „Jalon“ ist ihm von der norwegischen Küste her zu Hilfe geeilt, kann den in Seenot befindlichen Dampfer aber erst in 84 Stunden erreichen. Das Vordersteck des „Towarischsch Stalin“ liegt nach einer späteren Meldung voll Wasser. Der Dampfer hat einen Bruch der Schraubenwelle erlitten.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Nach kalter Nacht am Tage Bewölkungszunahme und aufkommende Regenwolken, mögliche südwestliche Winde, Temperaturen ansteigend. — In Deutschland: Westwärts fortschreitende neue Wetterverschlechterung mit leichten Regenfällen. Nur im Osten und Südosten noch vorwiegend trocken mit zahlreichen Nachfrösten.

Arbeitsinvaliden für Liste 2

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands veranstaltete in Kiefern Festfälle eine Wahlkundgebung, die außerordentlich gut besucht war. Genosse Kohde eröffnete die Versammlung. August Karsten fragte in seiner Rede: Wer kämpft für die Opfer des Kapitalismus? Nicht die Nazis, die der Reaktion zur Macht verholfen haben! Nicht die Kommunisten, die im vorigen Reichstag zusammen mit den Nazis eine antidemokratische Mehrheit gebildet haben! Die Nazis sind jetzt angeblich gegen Japan. Aber als Hitler im Juni die Rechte des Volkes wahrnehmen, gegen die brutale Notverordnung Japans, die den Armen das Letzte nahm, protestieren konnte, da tat er es nicht.

Eine Porzellanausstellung

Im Kaufhaus Israel, Königstraße, gibt es in diesen Tagen eine Augenweide für Porzellanliebhaber. Die staatliche Porzellan-Manufaktur hat hier ausserordentlich viele ihrer reichhaltigen Bestände zur Ausstellung gebracht und die Firma Israel hat durch geschmackvolle Tischdekoration den wirkungsvollen Rahmen geschaffen. Tischgeschirr und Tischgedeck weitläufig in der Vielfalt von Farbe, Form und Musterung. Je wertvoller und prunkvoller das Porzellan, um so schärfer das Tischzeug, so ruht hier ein prächtiges, tonisch geformtes Blumenkrone auf einer hauchzarten Seidendecke, dort weites Geschirr mit rubinrotem Einfaß auf schneigem Damastgrund, jeder Farbnuance und jedem Muster ist die Tischgarnitur formvollendet angepaßt. Das schlichte, weiße Porzellan zeigt das eine Mal weißen, dann wiederum farbigen Untergrund, hier leuchtet eine leuchtende Blüte, dort ein zartes Gerand den Tisch. Das überaus wirksame, bunte Keramikgeschirr macht es dem Tischdecker leicht, den passenden Rahmen zu finden. Eine im Grundton gehaltene Tischdecke, ein farbiger Strauch in einer Komplementärfarbe und der Effekt ist da.

Die Parfümerie Schertl bittet Sie, die sehr interessante Weihnachts-Geschenkausstellung zu besuchen, die Ihnen in den Räumen am Kurfürstendamm 231 gezeigt wird. Sie möchten oft schenken und wissen nicht was. Die schönen vielseitigen Dinge, die Sie in der Geschenkausstellung bewundern werden, geben Ihnen die richtigen Winke. Sie finden funkendes Kristall in reiner Linienführung, entzückende, kapriziöse Modeneubiten, die keinen Notwendigkeiten und den großen Luxus für die Reife und — Schertl Parfümerien, tausendfach erprobt. Parfümerie Schertl, Weihnachts-Geschenkausstellung vom 26. November bis 11. Dezember.

Dunlop-Tennis-Golfbälle, Tennis-Schläger. Der Vertrieb der bekannten Dunlop-Tennis- und Golfbälle sowie Tennisbälle ist ab 1. Oktober d. J. wieder von der Firma Deutsche Dunlop Gummi Compagnie A.-G., Hanau a. M., übernommen worden. Die seitiger Belieferer des deutschen Marktes, die Firma Deutsche Racquet Co. m. b. H., Berlin SW. 68, befindet sich ab diesem Tage in Liquidation. Die Firma Dunlop wird den Vertrieb obiger Artikel bis auf weiteres ab Hanau vornehmen. Dunlop-Tennisbälle und -Schläger haben Weltreife und sind als Spitzenware anerkannt. Hinsin kommt eine Preisermäßigung, die nur ein Unternehmen wie Dunlop neben hoher Qualitätsleistung zu bieten imstande ist.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
 Reichsbanner: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37-38, Bot. 2 Ex. Hauspost. Die Reichsbannerorganisation des Gauverbandes, in welcher das Reichsbanner in allen Reichsteilen, die im Zusammenhang mit ihrer Reichsbannerorganisation stehen, hat und Hilfe gewährt wird, ist Dienstags und Freitags von 16 bis 17 Uhr mit einem rechtserkundigen Ratgeber besetzt. Die Auskünfte werden im Gaubüro, Sebastianstr. 37-38, erteilt.

Kameraden, die von dieser Einrichtung Gebrauch machen wollen, müssen die oben genannten Zeiten unbedingt einhalten. — Mittwoch, 2. November, 19 Uhr, 4. Kameradschaftsversammlung im Antikriegsmuseum, Vorhohestr. 29. Donnerstag, 3. November, 20 Uhr, 3. Kameradschaft, Versammlung im A.S.D.-Saal, Oststr. 4. Filmvorführung. — Biergarten (Ortsverein): Mittwoch, 3. November, Saalhaus im Rottentalhof; 1. Kameradschaft 18 Uhr Schicht. 2. Kameradschaft 18 Uhr Kaffee. 3. Kameradschaft 18½ Uhr Rottentalhof. — Donnerstag, 3. November, Saalhaus im Rottentalhof: 1. und 2. Kameradschaft 18½ Uhr Kaffee. 3. Kameradschaft 18 Uhr Kaffee. — Freitag, 4. November, Sportplatzfundgebung: 1. Kameradschaft 18 Uhr Schicht. 2. Kamerad-

schaft 18 Uhr Kaffee. 3. Kameradschaft 18½ Uhr Kaffee. Arbeitskreis Kameraden 17 Uhr Sportplatz. — Schwanen-Island (Kameradschaft): 18 Uhr Vertriebsrat. — Schwanen-Island (Kameradschaft): 18 Uhr Vertriebsrat. — Schwanen-Island (Kameradschaft): 18 Uhr Vertriebsrat.

Berliner Gewerkschaftsjahle.

Der neue Auktions-„Demokratie und Offizier, Macht und Recht“, Scherz: Dr. Th. Hausch, beginnt morgen, Donnerstag, 19 Uhr, im Leibniz-Gymnasium, Marienburgerstr. 27-28. Ausstellungen auf dem ersten Auktionsabend.



- nur das Beste ist gut genug!

Deshalb sollten Sie Juntz-Kaffee ernsthaft probieren
 „Juntz“ in 22 Sorten, darunter auch die richtige für Sie!

- 5. Kreis Friedrichshain.**
 Mittwoch, 2. November, 15 Uhr, in den Andreas-Festfäden, Andreasstr. 21. Erwerbslosen-Rundgebung „Die Bayern-Regierung und der Erwerbslose.“ Referent Genosse Bührig. Ohne Eintrittskarte kein Zutritt.
- 6. Kreis Kreuzberg.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, Werbeveranstaltung der Frauen, Friedensrundgebung im Orpheum, Hasenheide. Vorführung des Films „Berdun“, Referentin Klara Bohm-Schuch, M. d. R. Unkostenbeitrag 25 Pf. Erwerbslose 10 Pf.
- 10. Kreis Zehlendorf.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Lindenpark, Zehlendorf, Berliner Ecke Gartenstraße. Referent Gottlieb Reefe.
- 11. Kreis Neukölln.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, in den Passagen-Festfäden, Bergstr., Eltern- und Lehrerrundgebung. „Gegen Autoritäts-erziehung — für freibeiwillige Erziehung.“ Referent Regierungsdirektor Dr. Reichswaldt.
- 8. Abt.**
 Mittwoch, 2. November, 20 Uhr, Rundgebung im Nationalhof, Bülowstraße. Referent Friedrich Stampfer, M. d. R.
- 63. Abt. Staaken.**
 Mittwoch, 2. November, 20 Uhr, Wählerversammlung im Sportpalast, Staaken, Inh. Reiche, Eichholzstraße. Referent Max Heydemann, M. d. R.
- 87. Abt. Mariensfelde.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, Rundgebung bei Bierse, Mariensfelde, Dorfstraße. Referent Dr. Gerhard Kreybig.
- 92. Abt. Neukölln.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, zwei Rundgebungen im Lokal Hägerheim, Neukölln, Wildenbruchstr. 81. Referent Hermann Harnisch, M. d. R.; und im Lokal Borchardt, Neukölln, Kofeggerstr. 9. Referent Albert Falkenberg.
- 100. Abt. Rudow.**
 Mittwoch, 2. November, 19 Uhr, öffentliche Versammlung im Juliuspark, Rudow. Referent Erich Kuttner, M. d. R. Mitwirkung des Tambourkorps der Freien Turnerschaft.
- 101. Abt. Treptow.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, bei Glöger, Viktoriagarten, Treptow, Am Treptower Park 25/26. Referent Max Gilmmeier.
- 105. Abt. Adlershof.**
 Mittwoch, 2. November, 20 Uhr, Rundgebung bei Wöllstein, Adlershof, Bismarckstr. 72/75. Referent Max Ulrich.
- 109. Abt. Friedrichshagen.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, Rundgebung im großen Saal des Gesellschaftshauses, Friedrichshagen, Friedrichstr. 137. Referent Siegfried Aufhäuser, M. d. R.
- 110. und 111. Abt. Grünau und Vohndorf.**
 Mittwoch, 2. November, 20 Uhr, Rundgebung im Gesellschaftshaus Grünau, Friedrichstr. 36/37. Referent Siegfried Leo.
- 120. Abt. Friedrichsfelde.**
 Mittwoch, 2. November, 20 Uhr, bei Tempel, Friedrichsfelde, Prinzenallee 45, Rundgebung. Referent Otto Ortman.
- 125. Abt. Weihensee.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, im Schloß Weihensee, Berliner Allee. Referent Dr. Kurt Bönenstein, M. d. R.
- 130. Abt. Heinersdorf.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, im Heinersdorfer Krug, Heinersdorf, Berliner Straße. Referent Otto Meier, M. d. R.
- 138. Abt. Hermsdorf.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, im Lindengarten, Hermsdorf, Berliner Straße. Referent Dr. Richard Wichter.

- 139. Abt. Ziegel.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, Rundgebung im Strand-schloß Ziegel, Herstr. 2. Referent Dr. Otto Friedländer.
- 139a. Abt. Ziegel Freie Scholle.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, Werbeveranstaltung der Frauen im Schollenkrug, Ziegel-Freie Scholle, Hermsdorfer Straße. Vorführung der Lichtbilder „Der Kampf der Frau für den Sozialismus.“ Referentin Käthe Kern.
- 141. Abt. Rosenthal.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, bei Manthey, Rosenthal, Hauptstraße, Rundgebung. Referent Dr. Otto Suhr.
- Wespa.**
 Mittwoch, 2. November, 17 Uhr, Belegchatsversammlung in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110. „Lohn und Arbeit unter der neuen Staatsführung.“ Referent Dr. Richard Bohmann.
- Crenstein u. Koppel und Kaisers Kaffeegeschäft.**
 Mittwoch, 2. November, 16 1/2 Uhr, im Lokal Alpenstranz, Soaener Str. 3, Betriebsversammlung. „Proletariatsnot und Proletariatswehrmacht.“ Referent Emil Barth.
- Bezirksamt Treptow.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, bei Glöger, Viktoriagarten, Treptow, Am Treptower Park 25/26. Referent Max Gilmmeier.
- BBG. Nordend Bahnhof 3.**
 Mittwoch, 2. November, 19 1/2 Uhr, im Türkischen Zeit, Bantow, Breiterstr. 14, allgemeine Belegchatsversammlung. Referent Fritz Schmidt.
- Bezirksamt Wedding.**
 Mittwoch, 2. November, 16 Uhr, Rundgebung in der Hochschul-drauerel, See-Ecke Amrumer Straße. „Unser die Welt trotz alledem.“ Referent Max Fechner, M. d. R.
- Reichsdruckerel.**
 Mittwoch, 2. November, 16 Uhr, Rundgebung in den Armin-Sälen, Kommandantenstr. 58/59. „Reichsdruckerel — Reich — Reichstagswahl.“ Referent Siegfried Aufhäuser, M. d. R.
- Werner, Bülowstraße, und umliegende Betriebe.**
 Mittwoch, 2. November, 16 Uhr, Eisenerne-Front-Versammlung im Lokal Bärensprung, Bülowstr. 7. „Lohn und Arbeit unter der neuen Staatsführung.“ Referent Karl Heyshold.
- BBG. Bahnhof 11 Lichterfelde.**
 Mittwoch, 2. November, 20 Uhr, bei Rosenthal, Lichterfelde, Händelplog 2, Belegchatsversammlung. „Lohn und Arbeit unter der neuen Staatsführung.“ Referent Hans Bauer.
- Kartell für Arbeitersport und Körperpflege.**
 Mittwoch, 2. November, 20 Uhr, Rundgebung im Lehrervereins-haus, Alexanderplatz, „Kulturreaktion und Reichstagswahl.“ Referenten Genosse Bildung und Dr. Theodor Handach

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 1. Kreis.** Donnerstag, 3. November, 16 Uhr, zwei Aufkommensfeste erwerbsloser Parteimitglieder Bülowstraße 5. Referent: Gottlieb Reefe; Luisenpark 22. Referent: Paul Herkheim. 3. November 1918 und 1919.
- 8. Kreis.** Donnerstag, 3. November, 20 Uhr, beteiligen sich alle Parteimitglieder an der öffentlichen Rundgebung. Rührer siehe im Spiegel der öffentlichen Veranstaltungen.
- 13. Kreis.** Unsere nächste Filmmatinee findet am 27. November im „Kurfürst“ (M. d. R.) „Die Drei-Golden-Deer.“ Ab 11. November läuft in dem hiesigen Amphitheater „Eine von uns“ nach dem „Bismarck-Roman“ „Glatz“.
- 14. Kreis.** Heute Eltern- und Lehrerrundgebung in den Passagen-Festfäden, Bergstraße. „Gegen Autoritäts-erziehung — für freibeiwillige Erziehung.“ Referent: Gen. Dr. Dr. Reichswaldt.
- 15. Kreis.** Alle Parteimitglieder beteiligen sich am Donnerstag an der Rundgebung bei Lindner.
- 26. Kreis.** Donnerstag, 3. November, Erwerbslosenfamulentenliste an folgenden Stellen: 15 Uhr Heinersdorf-Ort in der Schule Hoppelstraße. Hierher aus Genua. 15 Uhr Heinersdorf-Ort, Ruhensplatz, Vortragender: Genosse Klemm. 16 Uhr Wittenau, Jugendheim Neue Schule, Vortragender: Elfrida Wollmann. Ziegel: 18 Uhr Jugendheim Schöneberger Str. 3, Vortragender: Friedel Hall.
- 23. Abt.** Donnerstag, 3. November, Funktionärstreffen bei Glöger, Weimstr. 8.
- 45. Abt.** Mittwoch, Arbeitsbesprechung Gruppe Rintk, Louiser Str. 45, bei Rintk. Donnerstag, Arbeitsbesprechung Gruppe Goch bei Sommer, Wiener Str. 8; Gruppe Dabel bei Winkler, Reichsberger Str. 104.

- 81. Abt.** Mittwoch, 2. November, 20 Uhr, bei Klade, Sandbühlstr. 60-61, all-gemeine Wahlvereinsversammlung und Funktionärstreffen.
- 82. Abt.** Heute Funktionärstreffen bei Schellbach. Zahlreiche finden heute nicht statt.
- 83. Abt.** Parteiführer heute Material beim Abteilungsleiter abholen.
- 85. Abt.** Heute finden keine Betriebsversammlungen statt.
- 128. Abt.** Funktionärstreffen fällt aus. Donnerstag, anschließend an die Rundgebung bei Lindner, heute Funktionärstreffen im Türkischen Zeit.
- 136. Abt.** Sämtliche Mitglieder beteiligen sich heute, Mittwoch, an der öffent-lichen Rundgebung in Rosenthal-Bühnenstr.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.
 Kreis Neukölln, rote Kalken: heute, Mittwoch, um 17 Uhr, Leben zum Revolutionserbe im Archeim. — Abt. Jungvolk und Junghilf 3. u. 4. R. F.: heute, Mittwoch, Sportabend um 17 1/2 Uhr, in der Turnhalle Donaustr. 126, Turnzug mitbringen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
 Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat
 Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1. Gruppe rechts.

Sportpalast-Rundgebung, Freitag, 20 Uhr:
 (Alle Gruppenveranstaltungen fallen aus)

Abteilungsmitgliederversammlungen, heute, 20 Uhr:

- Schneidemannstr. 22: Kolonist. 22. — Adlershof 1: Weimstr. 1. —
 Adlershof 1: Weimstr. 1. — Petersburger Viertel: Chertstr. 12. —
 Kiehlhäuser Viertel: Hauer Str. 18. — Adlershof: Bismarckstr. 1. —
 Kiehlhäuser und Falkenberg: Hauerstr. 1. — Heidebergstr. 27. —
 Kiehlhäuser-Mitte: Schornweberstr. 22. — Neu-Köpenick: Gauerstr. 44.

- Wedding N. F.: Funktionärstreffen. — Frankfurter Viertel: Frankfurter
 Allee 307: Funktionärstreffen. — Wannsee: Restaurant Lindenhof: Einführung
 in den Sozialismus. 1. — Tempelhofer Park: (Keller): Schallplatten-
 abend: „Wir und neue Welt“. — Schöneberg-Wald: Gauerstr. 44: Arbeiter-
 abend: „Arbeiterliteratur“. — Köpenick: Reichsbergerstr. 64: „Mollen stinkt
 und lebt“.

- Westbezirk Prenzlauer Berg: Wanderversammlungen 20 Uhr Sonnenburger
 Straße 20.
 Westbezirk Neukölln: „Der Querschnitt“ probt 19 1/2 Uhr Gunglhoferstraße.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, 2. November, um 19 1/2 Uhr, legen die Gruppen: Süd-
 westen: Jugendheim Jochstr. 11 (Schallplattenabend), Belegchatsprechung.
 Gerhart-Hauptmann-Abend. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15
 (Gartenhaus). Belegchatsprechung. — Spandau/Neukölln: Jugendheim Linden-
 ufer 1. Belegabend. Belegabend. — Köpenick: Jugendheim Sonnenburger
 Straße 20. Belegchatsprechung. — Weihensee: Jugendheim Weihensee, Cafee
 Straße 2. Belegchatsprechung. — Kiehlhäuser Wald: Jugendheim Schallender
 Straße 11, Parade 8, rechter Eingang. Belegchatsprechung. — Neukölln: Jugend-
 heim Bergstr. 19 (Hof). „Anleitung und Form des Kapitalismus.“ — Hagen-
 sehen: Jugendheim Flughafenstr. 65 (U-Bahn Hagensehen). Belegchatsprechung.
 — Humboldt: Jugendheim Vuhlfelder Str. 22. r. Belegchatsprechung. — Schiller-
 park: Jugendheim Schule Schöningstr. 17. Belegchatsprechung. — Baumgarten-
 weg: Jugendheim Baumgartenweg, Enckstr. 16. Belegchatsprechung. — Char-
 lottenburg: Jugendheim Vuhlfelder Str. 22. Belegchatsprechung. — Jugendgruppe des
 Gesamtverbandes der Arbeiterinnen der öffentlichen Betriebe und des Gesand-
 ten- und Warenverkehrs: Jugendheim Gesellschaftshaus, Anhalter 12-13, Auf-
 gang 3, part., um 19 1/2 Uhr. Jugendgruppe Handel und Transportgewerbe: Witt-
 nach. 2. November, Fachgruppen-Mitgliederversammlung. Tagesordnung:
 1. Ausprache mit der Selbstverwaltung über unsere Lohn- und Arbeitsbedin-
 gungen. 2. Fachgruppenangelegenheiten. — Fachgruppe Wärrerel und Vinderei:
 Mittwoch, 2. November, Lichtbildvortrag: „Die Christentümer“. Vortragender:
 Kollege Walter Dacob.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anarhisten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Schallplatten-
 abend: Jugendheim der Schule Kottbuscher Str. 81, Kurfürststr. 12. —
 Nordost 1: Wir befragen die Versammlung des Westbezirks. — Nordost 11: Wir
 besuchen die Versammlung des Westbezirks. — Reinickendorf: Jugendheim
 Lindauer Str. 3 (Garten). Ein Abend mit Bildern. — Köpenick: Jugendheim
 Fahlthor Str. 15 (Garten) am Bahnhof Köpenick). Belegchatsprechung. — Neu-
 kölln: Jugendheim Köpenicker Str. 1-4, Ecke Kanner Straße. Arbeitsgemein-
 schaft (3. Abend). „Durch Reformismus zum Sozialismus?“. Leiter: Krebs. —
 Südost: Jugendheim Kanteufelder Str. 7. Revolutionsgedenktage. — Südwest:
 Jugendheim Weimstr. 11 (2. Hof, Übergangsbauung 1. Zimmer 5). Beleg-
 veranstaltung. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofschloß, 2. Zim-
 mer). Arbeitsgemeinschaft: „Berufsaufstellung und Arbeitslosentum im Zeit-
 alter des Hochkapitalismus“. Leiter: Dertow. — Charlottenburg: Wir besuchen
 die Versammlung des Westbezirks. — Spandau: Jugendheim Lindenufer 1.
 Vortrag mit Schallplatten: „Rutsoverna und Rutsovernetten“. Referent:
 Dr. Herber. — Potsdam-Ramones: Berufsaufstellung, Wiedergewinnung,
 Arbeitsabend unserer Lebensform. — Die Werkschutzgesellschaft „Borgen-
 treu“ u. a. tagt heute von 17 bis 19 Uhr im Verbandshaus, Heidenauer Str. 12.

Nur 2mal im Jahre:

REWOL!

88 Pf **68 Pf** **38 Pf**

Flamengo-Noppé für das warme Winterkleid, moderne Dessins in reicher Auswahl... Meter Pf. **88**

H' Handschuhe Schweden, imitiert, ganz gefüttert oder Wolle plattiert, gestrickt... Paar Pf. **88**

Futterhosen für Herren, warme Qualität in den Größen 4-6... Stück Pf. **88**

Brotmesser rostfreier Stahl, Heft durchgenietet, 6 Messing-Rosetten... Pf. **88**

Streifenneuheit Kunstseide mit Baumwolle, moderne leuchtende Dessins Meter... Pf. **68**

Damenstrümpfe künstl. Waschseide, l. Wahl, oder Herrensocken, Wolle plattiert Paar... Pf. **68**

Selbstbinder gute, reine Seide, nur moderne Dessins, Stück... Pf. **68**

Servierschürzen Linnen mit Stickerei, oder Jumperstrümpfen, Trachtenstoff, bunten garniert... Pf. **68**

D'Trägerhemden mit Stickerei - Ansatz und großem Stickereimotiv... Pf. **68**

Frottierhandtücher Jacquard, mit feiner Bordüre, ca. 55x110 cm... Pf. **68**

Natté carré aparte Dessins, in reicher Auswahl, Meter... Pf. **38**

Damenstrümpfe künstl. Waschseide schwarz, oder Herren-Fantasiesocken, moderne Muster Paar Pf. **38**

Selbstbinder Riesenauswahl in geschmackvollen Dessins... Stück Pf. **38**

Unterziehschlüpfer oder Hemdchen für Damen, fein gestrickt... Stück Pf. **38**

Kinderschürzen vorgezeichnet, genäht, Nessel oder farbig, Gr. 50... Pf. **38**

Filetdeckchen in Kunstseide gestopft, ca. 26 cm rund oder ca. 18x30 cm oval Stück... Pf. **38**

Rohnessel ca. 140 cm breit, vorzügliche Gebrauchsware... Meter Pf. **38**

138 **175** **275**

Noppen-Bouclé aparte Muster für das Winterkleid, doppelt breit... Meter M. **138**

Filzhüte für Damen, schöne Frauenformen, große Kopfwelten... M. **138**

Umhangschuhe kamelhäutig, mit Filz u. Ledersohlen, Größe 36-42... Paar M. **138**

D'Nachthemden a. farbigem Batist, mit Puffmäulchen und Mille Fleurs garniert... M. **138**

Damenstrümpfe reine Wolle, solide Qualität oder künstl. Waschseide mit Flor platt. **138**

Plüschhosen für Herren, echt Mako, zweifädig, sehr solide und warm... M. **138**

Hammerschlag modisches Gewebe, reine Wolle, doppelt breit... Meter M. **175**

Flamengo ca. 100 cm breit, vorzügliche Kleiderqualität in mod. Farben, Mtr. **175**

Flanellblusen Sportform, langer Arm, gestreift oder kariert... M. **175**

Filzhüte für Damen, modische Formen mit zweifädiger Bondgarnitur... M. **175**

Umhangschuhe kamelhäutig, mellig warm, Gr. 36-42, m. Lasche, f. Dam. u. Herren **175**

Strickschlüpfer für Damen, reine Wolle, warm und elegant, Größe 42-46... M. **175**

D'Strümpfe reine Wolle oder reine Wolle mit Kunstseide platt., Paar M. **175**

Oberhemden weiß, mit Seidenglanz-Papeline-Einsätzen... M. **175**

Tischtücher schwere Damast-Qualität, voll-weiß, ca. 130x160 cm... M. **175**

Damenblusen Charmeuse, einfarbig oder gemustert, langer Arm. Rigo Form M. **275**

D'Handschuhe Schwedenlepper, Strapazierqual. grau u. braun, 2 Perimittknöpfe M. **275**

Oberhemden mit Kragen, gute Papeline Qualität moderne Dessins... M. **275**

Mooscrêpe elegantes, weichfließendes Gewebe, ca. 130 breit, reine Wolle, Mtr. **275**

Crêpe-Satin Kunstseide, ca. 100 cm breit, weichfließende Kleiderqualität, Meter M. **275**

Marocain Streifen, Kunstseide, ca. 100 cm breit, moderne Farbstellung, Mtr. **275**

u-Bahnhof Hermannplatz · der Karstadt-Bahnhof

Heraus aus dem Elend der Krisen!

Vorwärts mit der Sozialdemokratie zum sozialistischen Wirtschaftsausbau

Wer am 6. November noch einer bürgerlichen Partei oder den Nationalsozialisten seine Stimme gibt, der entscheidet sich für die Fortsetzung des Elends und der Not, des Grauens und des Hungers unserer Zeit. Denn alle diese Parteien sind sich einig im Bekenntnis zum Kapitalismus, in der Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums.

Hundert Jahre haben wir an diesem furchtbaren Wirtschaftssystem getragen. Früher gab es neben den tiefen Schatten in diesem System immerhin noch so etwas wie Lichtseiten. Not und Elend, Krisen und Arbeitslosigkeit gab es immer in diesem System und sie lassen sich ihrer Natur nach in ihm nicht ausmerzen. Aber immerhin konnte man sich früher in Krisenzeiten damit trösten, daß ein neuer Aufschwung, verbunden mit neuer Arbeit für den Arbeitslosen und Einkommenserhöhungen für alle Klassen, auch für die Arbeiter, folgen werde. Heute ist selbst dieser magere Trost verschwunden. Zu grausam sind die Schläge, die Weltkrieg, Weltinflation und Weltwirtschaftskrise der kapitalistischen Wirtschaft zugefügt haben.

Selbst wenn der Kapitalismus noch einmal imstande sein sollte, dieser furchtbarsten aller Krisen Herr zu werden, so wird er doch für sehr lange Zeit nicht mehr imstande sein, allen Arbeitswilligen Arbeit, allen Hungernden Brot zu geben.

Und es kann nicht oft genug betont werden, daß auch die Nazis die Verewigung des kapitalistischen Elends wollen. Denn die Inflation, das einzige Rettungsmittel, das sie vorschlagen, ist bestenfalls eine Kampfspritze, die man einem unheilbaren Kranken verabreicht — nur mit dem Unterschied, daß man das Uebel mit Inflation in Wirklichkeit nur noch verschlimmert. In der Rede, die Gottfried Feder, der wieder zum obersten Leiter der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik gemacht wurde, vor einigen Tagen in Berlin über das „Aufbauprogramm“ der Nazis gehalten hat, steht keine Silbe über die Verstaatlichung, Enteignung oder Sozialisierung irgendwelcher kapitalistischer Unternehmungen oder Wirtschaftszweige.

Achtung, Genossen!

Genossen, die im Besitz eines Auto sind, werden gebeten, uns ihre Wagen unentgeltlich am Wahlsonntag zur Verfügung zu stellen. Meldungen erbitten wir an das Bezirkssekretariat (Wendt) gelangen zu lassen. Telefon: Ami Dönhoff 5086/88, 5066/67.

Selbst aus der Verstaatlichung der Banken ist eine jahne Bankkontrolle geworden.

Das nationalsozialistische Aufbauprogramm heißt Inflation und Arbeitsdienstpflcht.

Noch immer wird der alte Schwindel verzapft, daß die Erfüllungspolitik und die „marxistische Staatsführung“ am heutigen Wirtschaftsstand schuld sind, es wird noch immer verschwiegen, daß die Länder, die keine Reparationen zu zahlen haben und in denen die Nazis niemals an der Staatsführung irgendwie beteiligt waren, unter der Wirtschaftskrise genau so zu leiden haben wie Deutschland. Sie sind blind dafür, daß Krisen ein kapitalistisches Weltübel sind, das nie und nimmermehr mit kapitalistischen Mitteln von Grund auf beseitigt werden kann.

Es gibt heute keinen anderen Ausweg mehr aus dem kapitalistischen Dauerelend, als den sozialistischen Umbau der Wirtschaft.

Die Kommunisten wollen ihren Anhängern mit der Parole „Sowjetdeutschland“ einreden, daß man die ganze Wirtschaft mit einem Schlag von einer rein kapitalistischen in eine rein sozialistische verwandeln kann.

Ein solcher Versuch müßte mit dem schrecklichsten Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft erkaufen werden, aus dem es nur einen unendlich opferreichen, langamen und mühsamen Aufstieg gäbe. Von den entsetzlichen Opfern, die das russische Volk für den Wirtschaftsaufbau bringen muß, schweigen die Kommunisten. Deshalb kämpft die Sozialdemokratie nicht für die Wiederherstellung, sondern für den Umbau der Wirtschaft.

Und das bedeutet, mit dem Sozialismus dort anfangen, wo heute schon alles nach einer sozialistischen Lösung gerodet ist. Das ist das Bankwesen, das als kapitalistisches vollständig zusammengebrochen und heute schon zum größten Teil in öffentlichem Besitz ist, ohne daß freilich die Staatsführung der Barone etwas damit anzufangen wüßte. Das ist die Schwerkraft, die in ihrem kapitalistischen Gewand heute schon nicht leben und nicht sterben kann und an allen Ecken und Enden durch Aktienkäufe und künstliche Preisbehaltung gestützt werden muß. Das sind alle übrigen subventionierten Unternehmungen und Wirtschaftszweige, für die ohne weiteres dasselbe gilt. Das ist schließlich der Großgrundbesitz, dessen politische Herrschaftsansprüche im umgekehrten Verhältnis zu seinen wirtschaftlichen Fähigkeiten und seiner Bedeutung stehen und der überhaupt nur mehr durch

die unerhörtesten dauernden Opfer der Allgemeinheit mühsam durchgeschleppt werden kann.

Hier paßt die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Macht praktisch den Sozialismus an.

Die Sozialisierung dieser Wirtschaftszweige bedeutet die Eroberung der Schlüsselstellungen der Wirtschaft, d. h. faktisch die Herrschaft über die gesamte Wirtschaft und gibt einen genügenden Spielraum, um mit der Befreiung der kapitalistischen Anarchie durch die sozialistische Planwirtschaft zu beginnen.

So ist das sozialdemokratische Umbauprogramm das einzig denkbare und tatsächlich auch das einzig bestehende Programm, das klar und konkret den endgültigen Ausweg aus dem kapitalistischen Krisenelend weist. Dem Willen zum sozialistischen Ausweg, zur Überwindung der kapitalistischen Krise muß das arbeitende Volk am 6. November Ausdruck geben durch die

Wahl der sozialdemokratischen Liste 2.

Steuergutscheine

An der Berliner Börse sind die ersten Kurse für Steuergutscheine notiert worden. Sie lagen zwischen 90 und 91 Proz. für die ersten Fälligkeiten von 1934. Es wird interessant zu beobachten sein, ob dieser Kurs gehalten wird, ob

Lohnregelung bei der BVG.

Heute Urabstimmung

Heute hat das Verkehrspersonal und das technische Personal der BVG, in geheimer Abstimmung zu entscheiden, ob es dem von den Gewerkschaften erzielten Verhandlungsergebnis zustimmen oder in den Streik treten will. Die Abstimmung der fast 22 000 Berliner Verkehrsarbeiter ist allgemein von so großer Bedeutung, daß hier noch einmal der Sachverhalt dargelegt werden soll.

Bereits im August schwebte bei der BVG ein Lohnkonflikt, weil die Direktion den seit dem 1. Januar geltenden Lohn der ungelerneten Arbeiter von 90 auf 86 Pf. kürzen wollte. Diese Absicht wurde jedoch durch das Eingreifen der freien Gewerkschaften verhindert und der Lohnsatz bis zum 30. September verlängert.

Jetzt verlangt die Direktion der BVG, die sich offenbar für das Mißlingen ihrer Abbaupläne im August reuandieren wollte, eine Kürzung der Verdienste des technischen und Verkehrspersonals bis zu 33 Proz. Die freien Gewerkschaften lehnten Verhandlungen auf dieser Grundlage ab. Sie wiesen auch ein zweites Angebot zurück, das „nur“ noch eine Lohnkürzung um 8 Proz. vorsah. Durch ihre zähe Verhandlungstaktik gelang es schließlich den Gewerkschaften, die Forderungen der BVG, so weit zurückzudrängen, daß jetzt eine

Der Textilkonflikt

in Forst beendet

Bekanntlich hatten auf Grund des Streiks bei der Firma Henkel u. Co. in Forst die Unternehmer die Aussperrung von 10 000 Forster Textilarbeitern zum 5. November angeordnet. In einer Verhandlung haben die Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, der von den Organisierten der Belegschaft zugestimmt wurde. Die Arbeit wird morgen, Donnerstag, wieder aufgenommen.

Die angeordnete Aussperrung ist damit hinfällig. Die Kommunisten und Nationalsozialisten, die mit allen Mitteln versuchten, ihre verbrecherische Taktik in diesem Kampfe zur Anwendung zu bringen, haben sich die gebührende Abfuhr geholt.

Künstliche Aufregung

Wahlmache der „Roten Fahne“

„SPD-Bürokratie ruft zum Streik gegen Druck der „Roten Fahne“! Bubenstück der Streikbruchbürokratie“ — schrieb das Blatt am Dienstag aus. Es liegt nicht nur wie gedruckt, es liegt diesmal, daß es nicht gedruckt werden soll. Mit der Beschlagnahme der Rotationsmaschine der City-Druckerei glaubte das Polizeipräsidium im Auftrag der Papen-Regierung auch den Druck der „Roten Fahne“ verhindern zu können. Die „Rote Fahne“ wurde einige Tage in der Druckerei König gedruckt mit der ausdrücklichen Verpflichtung der SPD, gegenüber dem Polizeipräsidium, sich jeglicher Angriffe gegen die Papen-Regierung zu enthalten.

Das kann sich das Blatt leisten, hat es doch seinen Hauptfeind, gegen den es den Haupt-

er steigt oder sinkt. Jedenfalls ist der Kurs „vorsichtig“ gewählt; die bald zu erwartende Diskontsenkung könnte ihn steigen lassen. Mit der „Kurspflege“ beschäftigt sich ein Bankkonfessionarium (alle Großbanken und großen Privatbanken, auch wohl die Golddiskontbank), das bis zu 200 Millionen zur Kurspflege aufnehmen soll und bei der Reichsbank dafür finanzielle Rückendeckung erhält. Unabhängig davon erfolgt die Belastung der Steuergutscheine durch die Reichsbank, zunächst wahrscheinlich zu 75 Proz. des Nominalwerts, also unabhängig vom Börsenkurs.

Sanierungsreif

Hoher Verlust bei Natronzellstoff

Die Natronzellstoff- und Papierfabriken A. G., Berlin, weist für das Geschäftsjahr 1931 einen Verlust von 1,63 Mill. M. aus, so daß der Gesamtverlust sich auf 2,2 Mill. M. erhöht hat. Für dieses schlechte Ergebnis sucht die Verwaltung den ungenügenden Zollschatz verantwortlich zu machen, weil er einen erheblichen Preisrückgang nach Aufgabe des Goldstandards durch die nordischen Länder nicht aufhalten konnte.

Sicher sind die Preise unter dem Druck der nordischen Konkurrenz gesunken, auch die Papierausfuhr ist gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen. Aber die an sich geringe Papier-

einfuhr ist ebenfalls gesunken, und die Zellstoffhandelsbilanz hat sich mengenmäßig erheblich gebessert (höhere Ausfuhr, niedrigere Einfuhr). Was ein höherer Zoll soll, da die Einfuhr nur einen kleinen Bruchteil der Ausfuhr ausmacht, ist unerfindlich. Natürlich will man Preis erhöhungen; aber jede Preiserhöhung ist eine Stärkung der ausländischen Konkurrenz. Oder will man etwa ein echtes Dumping, hohe Inlandpreise und niedrige Preise für die Ausfuhr?

Doch die Krise in der Papier- und Zellstoffindustrie kein Preis-, sondern ein Umsatzproblem ist, das beleuchtet diese eine Mitteilung: von den sechs Betrieben der Natronzellstoff- und Papierfabriken A. G. waren drei zu etwa 50 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt, die drei anderen aber waren das ganze Jahr über stillgelegt! Einen krasseren Fall von Überkapazität kann man kaum erinnern. Wie kann man jemals an einen Umsatz denken, der diese Anlagen einigermaßen ausnützen könnte? Statt die notwendigen Abschreibungen vorzunehmen, fordern die Unternehmer Zollschatz und Preiserhöhungen. Anscheinend ist auch bei diesem Unternehmen (Kapital 6 Mill. M.) die Sanierungsfrage in der Hoffnung auf eine Hilfe von außen zurückgestellt worden.

Rückschlag im Kalkabfah. Der Abfah der Kalkindustrie hatte sich im September erheblich gebessert und lag sogar über dem Stande des September vergangenen Jahres. Diese Besserung war aber nur vorübergehend. Im Oktober trat bereits wieder ein Rückschlag ein und die Preise der wichtigsten industriellen Bezüge des Bauwerkes, der chemischen Industrie und der Stahlindustrie ließen sich keine Besserung des Beschäftigungsgrades erkennen. Auch die Ausfuhr war weiter rückgängig.

mir in dem Vorgehen der Papen-Regierung gegen die Arbeiterpresse, in diesem Fall gegen die SPD-Presse, uns nicht zum Handlanger der Papen-Regierung machen wollen, auch nicht unbewußt. Nur diese Rücksicht gibt uns Veranlassung, von unserm grundsätzlichen Standpunkt einmal abzugehen und die Arbeit für die City-Druckerei in anderen Betrieben in der Wahlzeit zu gestatten.“

Eine Entschließung der Belegschaft, wie sie die „Rote Fahne“ verkündet, ist dem Gauvorstand überhaupt nicht bekannt, auch arbeiten in der City-Druckerei keine freigeberischen Kollegen von uns.

Damit ist das „Bubenstück“ der „Roten Fahne“, in das sie die SPD mit „Reipart, Wels und Genossen“ hineinzuziehen sucht, erledigt. Es ist ein Stück von ihr.

Russische Handelsvertretung

In der Unternehmerrolle

Das Reichsarbeitsgericht beschäftigte sich mit dem Rechtsstreit mehrerer Angestellten, die bei der russischen Handelsvertretung und ihren Zweiggeschäften beschäftigt waren. Die Kläger waren aus der Sowjetunion nach Berlin gekommen und bei der russischen Handelsvertretung angestellt worden.

In einer Belegschaftsversammlung wurden die Angestellten von einem SPD-Führer aufgefordert, zum Wohle der Sowjetunion Anleihen zu zeichnen. Wer dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde mit Entlassung bedroht oder er wurde auf irgendwelche Weise schikaniert.

Unter diesen Umständen ließen sich die meisten Angestellten bewegen, Anleihen für die Sowjetunion zu zeichnen.

Die Kläger wurden angeblich ohne jeden Grund von der russischen Handelsvertretung entlassen und verlangen mit der Klage die Zurückgabe der einbehaltenen Gelder. Sie bezeichnen die Handlungsweise der kommunistischen Arbeitgeber als Betrug. Die Arbeiter hätten ein Anrecht auf Auszahlung der zwangsweise einbehaltenen Gelder, die sie für Anleihen gezeichnet hätten.

Die Arbeitsgerichte haben zunächst zu entscheiden, ob sie für die Angestellten russischer Staatsangehörigkeit in der Handelsvertretung der Ud.S.S.R. zuständig sind und ob deutsches oder russisches Recht anwendbar ist.

Das Landesarbeitsgericht Berlin hat die Kläger abgewiesen. Gegen dieses Urteil haben die Kläger Revision eingelegt. Sie wurden von Rechtsanwältin Genoffen Landsberg vertreten. Landsberg geißelte das Verhalten der russischen Sowjethandelsvertretung, die ihre Angestellten um den verdienten Lohn bringen will. Die Beklagte habe kein Recht, die Monatsgehälter, die sie für Anleihenzeichnung einbehalten habe, für sich zu verwenden und er verlangt, daß den entlassenen Angestellten die Beträge schleunigst ausgezahlt werden.

Das Reichsarbeitsgericht vertagte Verhandlung und Entscheidung zum 3. Dezember.

schlag führen will, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer. Der Leitung des Buchdruckerverbandes wird vorgeworfen:

„Am zweiten Tage nach der Beschlagnahme der „Roten Fahne“ Maschinen meldet sich die Bürokratie des Buchdruckerverbandes beim Betriebsrat der bürgerlichen Druckerei und fordert ultimativ von der Belegschaft die Einstellung des Drucks der „Roten Fahne“. Weil das Streikbruchwerk sei.“

Hierzu ist festzustellen: Die City-Druckerei ist für Verbandsmitglieder immer noch gesperrt. Werden Arbeiten eines vom Verband gesperrten Betriebes in eine andere Druckerei vergeben, und zwar nur für vorübergehend, so haben unsere Verbandsmitglieder solche Arbeiten abzulehnen.

Richt der Buchdruckerverband hat sich an den Betriebsrat oder die Belegschaft gewandt — er wußte gar nicht, daß die „Rote Fahne“ bei König gedruckt wurde —, sondern der Betriebsratsvorsitzende kam zum Gauvorstand und ersuchte um Auskunft, wie sich die Verbandskollegen im Betrieb zum Druck der „Roten Fahne“ zu verhalten hätten. Auf Wunsch des Betriebsratsvorsitzenden unter Rücksichtnahme auf die Firma wurde vom Gauvorstand der Druck der „Roten Fahne“ auch für den 27. Oktober gestattet mit der Zulage, daß der Gesamtvorstand sich mit dieser Angelegenheit noch einmal beschäftigen und dem Betriebsrat über die weitere Einstellung der Verbandsmitglieder Mitteilung zukommen lassen wird.

In der am 28. Oktober erfolgten Mitteilung heißt es u. a.:

Unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse aber und des Vorgehens der Papen-Regierung gegen die City-Druckerei (Verseigerung der Rotationsmaschinen), sowie unter Berücksichtigung der Auswirkung der Stellung des Gauvorstandes zu dieser Frage, haben wir die ganze Sachlage nochmals eingehend in den Organisationsinstanzen durchgehend und wollen für diesen Fall eine Ausnahme schaffen.

Wir lassen uns insbesondere davon leiten, daß

Verantwortlich für Politik: Rudolf Brandemühl; Wirtschaft: A. Ringelbörger; Gewerkschaftsbewegung: D. Steiner; Revision: Herbert Zeppe; Redaktionen: Fritz Rahnert; Anzeigen: Otto Hennig; sämtlich in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanfang Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 2.

Hierzu 2 Beilagen

SCHICKSAL MASCHINE

71 ROMAN VON
STEFAN POLLATSCHKEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

Wieder tönten ungezählte Stimmen durcheinander, gegeneinander, aber die Lungen des Nähigen waren doch die kräftigsten. „Und was sagt ihr zu dem Unsinn, den dieses Weltwunder von sich gibt? Dieser Crusius will ernstlich alle Menschen reich machen! Was soll denn daraus werden, wenn jeder sein Auto besitzt? Will er eine Gesellschaft von Nichtstuern, von Prassern, von Drohnen erzeugen?“

„Ich dachte doch“, erwiderte Weltlin lächelnd und ärgerte sich seines Bäckelns, das er doch nicht bannen konnte, „Sie wollen, es möge allen Menschen gut gehen?“

„Kann es denn den Menschen gut gehen ohne Arbeit?“

„Sie sind also ein unbedingter Anhänger der Arbeit?“

„In einem bestimmten Sinne gewiß!“

„Dann wird es aber immer Sklaven, immer schwer arbeitende Menschen geben?“

„Wir wollen nur, daß alle Menschen gleichmäßig zur Arbeit verpflichtet sind und gleichmäßig an ihrem Ertrag beteiligt sind. Und wenn schon das Ziel dieses Weltbeglückers in Erfüllung ginge und alle Menschen Rabobs würden, einige müßten ja doch die Maschinen bedienen!“ Der Nähige warf seinen Kopf triumphierend zurück.

„Wenn ich Sie also recht verstehe“, sagte Weltlin, „dann würden Sie es bedauern, die Menschen ohne Arbeit zu wissen?“

„Natürlich würden wir dies bedauern“, sagte die leise Stimme des blonden Zwischenrufers von vorn. Weltlin sah den Sprechenden näher an und erkannte nun in ihm den Schriftsteller Wormser, dessen amüsante, satirische Plaudereien er so gerne las. „Gewiß würden wir das bedauern. Denn was könnten wir Revolutionäre anfangen, wenn es allen Menschen gut ginge? Für wen sollten wir denn kämpfen, wenn es keine durch Arbeit entrechtete Menschen gäbe? Mein Herr, Sie nehmen uns doch unsere Existenzberechtigung!“

„Sie wird man zuerst an die Mauer stellen, Sie drecks Literatenjese!“ rief komisch entrüstet der Nähige, erhob sein Glas und trank Wormser zu.

Weltlin sah nach der Zeit. Es war drei Uhr früh, die Luft lag dick und schwer im Raum. Er fühlte sich müde werden, stand auf und empfahl sich von den jungen Menschen. Der Dame Vera Wagner küßte er die Hand und sprach ein paar herzliche Worte zu ihr. Zuletzt verabschiedete er sich von seinem Sohn. „Es war sehr schön, daß du mich mitgenommen hast, Albert. Ich mache Böses mit, fürchte mich vor dem Abend, der nun so . . . anregend war. Darf ich wieder einmal her zu dir, zu deinen Freunden kommen? Vielleicht versteht man sich mit der Zeit besser!“

Aber während er durch die Nacht seiner Bohnung zuschritt, wußte er, daß es eine Verständigung nicht gebe — hier nicht und nirgends! Nicht mit seinem Sohn, trotz aller Freundlichkeit, nicht mit seiner Tochter, die ihre eigenen Wege ging, nicht mit seiner Frau, die es nicht mehr war, nicht mit sich selbst. Es schmerzte ihn, daß er den Abend nicht mit Susi verbracht hatte, und er fühlte, wie sehr er an diesem Wesen hing, fühlte es freudig und schmerzlich zugleich. Als er bei seiner Bohnung angelangt war, bemerkte er, daß die Fenster seines Zimmers hell beleuchtet waren. Mit großen Schritten eilte er die Treppen hinan und öffnete hastig die Tür. Im Zimmer saßen Crusius und Erna. Das Mädchen erhob sich: „Nun, da bist du ja, Vater. Ich will die Herren nicht stören!“ sagte sie und war schon aus dem Raum.

Weltlin betrachtete den Freund, dessen weißes langes Haar die edle Stirne seltsam gespenstlich umrahmte.

„Ich habe auf dich gewartet, Wilhelm“, begann Crusius mit seiner milden, dunklen Stimme. „Erna sprach mit mir. Sie schilderte mir deine Situation. Ich wußte nichts davon. Da lebt man in einer Stadt und hat keine Ahnung, wie es lieben Menschen ergeht. Wirst du mir nicht selbst deine Lage mitteilen?“

„Wozu?“ fragte gequält Weltlin und erzählte schon. Er leierte sein Pensum her-

unter, die Maschinerie funktionierte. Ach, wie gerne hätte er neue Worte gefunden, andere Töne angeschlagen, aber er mußte oft Gefagtes wieder sagen, im gleichen Ton, im gleichen Wort, mit den gleichen Gesten. Sein Gegenüber hörte zu, die Augen geschlossen, an einer großen, dicken Zigarre rauchend. Und wieder mußte Weltlin denken: Ist das ein Mensch, der mir gegenübersteht, ist das bloß das aus den illustrierten Zeitungen herausgestiegene Bild, das mir zuhört? Werde ich nicht morgen die Photographie sehen: „Crusius, dem Freunde zuhörend?“ und er war sich mit Ekel bewußt, daß er,

abwohl er gleichzeitig solches denken konnte, dennoch sprach, immer weitersprach, unbeeinträchtigt, abwesend, wie eine Maschine. Nun war er zu Ende.

„Ich kann dir wahrscheinlich helfen“, sagte Crusius ruhig, still, bescheiden. „Es trifft sich gut. Dein Fall kommt mir gelegen, Wilhelm!“ Weltlin horchte auf. Wie war das? Man konnte ihm helfen? Er war noch nicht verloren? Hörte er recht?

„Wie, du könntest helfen?“ fragte er, hoffend und fürchtend zugleich, und alles wehrte sich in ihm, diese Hilfe anzunehmen.

„Ja“, sagte Crusius. „Ich bin vor dem Abschluß einer Erfindung. Rein theoretisch vorläufig, sie ist noch nicht praktisch erprobt, aber ich bin meiner Sache absolut sicher.“

„Und mit dieser Erfindung könntest du mir helfen?“

„Ja.“

„Darf ich fragen, wie . . .“

„Nicht zuviel, Wilhelm. Im wesentlichen besteht meine Erfindung darin, daß man jede durch Turbinen angetriebene Maschine um das etwa Vierfache ihrer Kapazität zu steigern vermag.“

Weltlin glaubte zu träumen; aber welche

Wunder hatte dieser Crusius nicht schon vollbracht!

„Das wäre ja Revolutionierung der gesamten Technik!“ schrie Weltlin und ging mit langen Schritten auf und ab.

„Wir wollen nicht so große Worte gebrauchen“, sagte die dunkle, milde, bescheidene Stimme. „Sagen wir, daß es eine bedeutsame Entwicklung darstellen würde. Ich bin mir auch bewußt, daß ich außerordentlich behutsam zu Werke gehen muß, um allzugroße Erschütterungen zu vermeiden. Ich dachte lange nach, wo, wie und unter welchen Umständen ich die ersten praktischen Versuche durchführen könnte. Nun bin ich des Nachdenkens hierüber enthoben.“

„Wird das . . . ist das nicht mit großen Geldausgaben verbunden?“ fragte er zögernd.

„Nicht mit nennenswerten. Und da es sich um meinen Versuch handelt, ist das wohl meine Sache.“

„Rein, nein!“ sagte Weltlin, schritt aufgeregt im Gemach umher und wiederholte nur: „Rein, nein!“

„Du kannst mir ja gelegentlich den Betrag zurückgeben, wenn der Versuch gelingt.“ (Fortsetzung folgt.)

Allerseelen feiert MRT

Erzählung / Von Gerhart Herrmann Mostar

„Nimm die Guze und finge ein altes, schönes Heidenlied!“ sagte ich zum alten Stjepan Gospitsch. „Oder noch besser: spiele einen Kolo, daß wir tanzen können, Burschen und Mädchen. Uns ist kalt.“

Aber der alte Stjepan antwortete: „Heute nicht. Nicht singen heute, nicht tanzen.“ Er sah schau zum kleinen Dorffriedhof hinüber, den sie seltsamerweise so angelegt hatten, daß der große Maulbeerbaum des Tanzplatzes ihn noch halb überschattete. „Sonst kommt Mrt zu Gast.“

Ich blinnte erstaunt auf Stjepan, auf all die jungen Gospobins und Gospobigas im Kreis, die still geworden waren. Darum soll der Tod gerade heute tanzen wollen . . . ?

„Er wird kommen, wie er vor sechzehn Jahren kam, als Krieg war. Da kam er auch zu Allerseelen in unser Dorf.“

„Ach, verzeih, Allerseelen ist heute . . . Ich hatte es vergessen.“ Ich schämte mich sehr. Aber unweit wandernd zwischen den vielen Ländern, Kirchen und Seiten des Balkans, zwischen Hunger und Sättigung und wieder Hunger vergaß man leicht der Toten und ihres Tages.

„Rein“, bekräftigte Stjepan der Alte leise, „ich will nicht singen, nicht spielen, und keiner soll tanzen. Aber ich will dir erzählen, wie Mrt zu Gaste kam vor sechzehn Jahren. Ihr jungen Leute wißt die Geschichte, ihr könnt heimgehen, wenn ihr wollt.“

Sie blieben alle und lauschten. Die Novembersonne sank in fahlem Rot; Fröstelwind raschelte in der Krone des Murrenbaums. Stjepan erzählte:

„Das war im dritten Jahre des großen Krieges, als meine Landsleute aus Njematschka den Austriern zu Hilfe gekommen waren gegen die Serben. Erst kamen junge Njematschkas, die zogen in eiligen Märschen durch unser Dorf. Dann kamen ältere Männer mit guten, langen Bärten, die blieben. In jedem Hause wohnte einer. Wir hatten sie gern. Sie hatten fast alle Kinder daheim im Schwabenland. An die dachten sie, wenn sie mit unseren Kindern spielten, und sie zeigten unseren Frauen die Bilder ihrer Frauen. Lange waren sie bei uns, wir kannten jeden einzelnen. Aber eines Tages im Sommer mußten sie doch weg, den Jungen nach. Wir gaben ihnen Blumen mit.“

Nach vielen Monaten erst kamen sie wieder, im späten Herbst. Ihre Uniformen waren zerfurcht wie das Laub der Murre, vielen waren Arm oder Bein verwundet wie der Murre die Aeste, und einige fehlten . . . Sie hockten traurig in den warmen Hütten und waren schweigsamer als früher. Aber sie sagten doch, daß der Serbe wieder im Vordringen war. Und einmal, als ich oben auf der Planina war, hörte ich fern den Donner des Krieges und sein heulen.

Etwas Seltsames geschah: ein Zigeunerwagen kam ins Dorf. Es waren reiche Zigeuner, sie stahlen nicht, sie lebten von einem Karussell, das sie mit sich führten für unsere Kinder. Sie zogen nach Westen, sie stoben vor dem Kriege her, der näher kam. Am Nachmittag kamen sie, und die Njematschkas verlockten ihre Angst und baten sie, das Karussell auszu schlagen und freisen zu lassen. Die Zigeuner wollten, aber wir wollten nicht. Denn es war Allerseelen, wie heute . . .

Die Njematschkas gaben aber nicht Ruhe. Doch

lebten sie, so lauteten ihre Worte, aber morgen stürben sie vielleicht, und dann sollten wir ihrer gedenken. Für heute aber wollten sie eine Freude haben, ein einziges Mal eine Freude, wie sie daheim sie kannten. Wir verstanden sie und gaben nach. Wir hätten es nicht tun sollen; aber wir mochten sie gern und verstanden sie. Dort, wo jetzt der Friedhof ist, bauten die Zigeuner das Karussell auf, und die Schwaben halfen ihnen und lachten fröhlich.“

Ich sah erst jetzt, daß auf dem kleinen Friedhof nur Holzkreuze standen: also ein Soldatenfriedhof . . . Die Kreuze standen schwarz vor dem farblosen Himmel, und es schien, als schwannten sie und zitterten frierend im Wind, der wilder wehte.

„Das Karussell der Zigeuner war für die Kinder bestimmt, es war sehr klein, und die Plätze in den Bäckeln und auf den Rücken der hölzernen Pferdchen und Eselchen waren schmal. Aber die Soldaten kamen, als es dunkel geworden war, und strichen lächelnd ihre guten, langen, braunen Bärte, daß sie nicht mehr so wild auslachen: denn es führte wohl jeder ein junges Mädchen am Arm. Man durfte den Männern nicht gram sein und nicht den jungen Mädchen, denn die jungen Leute des Dorfes standen auf den Bergen und kämpften, und die Frauen der Schwaben waren fern in Njematschka, und keiner meinte es böse. Die breiten Männer fanden Platz auf den schmalen Kinderfüßen, und die Mädchen saßen auf ihrem Schoß und lachten hell und schrill, und auch die Soldaten lachten, und der Zigeuner geigte. Die auf dem rollenden Karussell saßen, die vergaßen Allerseelen, und da vergaßen es auch die Alten, die zuschauten; ich aber, ich vergaß es nicht. Denn ich kann die Dinge sehen, die im Dunkeln leben, und ich sah mitten zwischen den lustigen Holzpferdchen das weiße Gerippe eines großen Pferdes, und auf dem Gerippe des Pferdes sah das Gerippe eines Mannes, und ich erkannte Mrt, den Tod . . . Er legte über den Knochenfinger an seinen lippenlosen Mund, daß ich schweigen sollte. Und ich schwieg, und die Lustigen lachten ihn nicht.“

Es hingen ein paar Windlichter an den Ketten der Murre, und ihr Schein schimmerte in den hellen Augen der Mädchen. Sie wurden immer lauter und froher, sie holten Rakia herbei und tranken, und sie riefen und sangen davon, wie sie heute lebten und lachten und feierten und morgen vielleicht tot wären, und wie sie also um so mehr feiern müßten und lustig sein. Und endlich sprachen sie gar nicht mehr vom Tod, sie vergaßen ihn, obwohl er doch unter ihnen war und mit ihnen sich drehte im Kreise herum. Sie hatten so viel Leid erlebt in der Schlacht, so viel heulendes, lärmendes Leid, darum war ihre Freude so viel und so laut. Sie machten den Zigeuner betrunken, daß seine Geige treischte und immer wirrer und wilder spielte, sie trieben den Maulzet an, der das Karussell zog, und manchmal schoben sie es selbst herum, damit es noch schneller ginge, immer noch schneller . . .

Sie wollten den Krieg vergessen, sie vergaßen ihn, aber die Serben und die Crnagorsten vergaßen ihn nicht. Und es hatte sich eine Schar von Crnagorsten, welche die Söhne der Berge sind und also die Planina kennen wie ihren Vater, über die Felsen geschlichen mit zwei Geschützen bis zu den beiden Gipfeln über unserem Dorf.

Sie stellten ihre beiden Geschütze auf, eines auf jedem Hügel; sie brauchten viele Stunden dazu, aber sie vollbrachten es. Und auch das Fest unten brauchte viele Stunden . . .

Ich wußte nichts von den Crnagorsten, ich stand ja und sah dem Karussell zu, aber ich wußte, daß Mrt zu Gaste war. Er fuhr noch immer mit im Kreise herum und blinnte oft auf den Berg, und er lachte auf, als ein paar Schwaben mit ihren Mädchen unter der Murre tanzten. Aber sie hörten sein Lachen nicht, sie lachten selbst zu viel. Andere warfen Wasser in die Luft und gegen den Stamm des Maulbeerbaums, und einer stand hoch oben auf der Mitte des Karussells und ließ sich herumdrehen und schrie immerzu in alle Richtungen des Windes, laut und sehr glücklich: „Wir leben! Wir leben! Wir leben!“

Und da, Herr, da setzte Mrts Pferd vom Karussell herab, und Mrt hob die Hand, langsam und feierlich, und winkte gegen die Berge, einmal gegen den einen Berg, einmal gegen den anderen Berg. Da erschrak ich und lief schreiend davon. Und ich hörte ein Bersten und Splittern und Krachen wie von Blitzen, und von den Bergen kam ein Donnern dahinter her, und Wimmern und Schreien aus Trümmern, und Peitschenschläge aus nahen Gewehren . . . dem Mann auf der Höhe des Karussells zerriff es den rufenden Mund, das Karussell zerbrach und zerstürzte, dem Zigeuner zerriff es Geige und Leib, alle Soldaten fast traf es und die meisten der Mädchen und manden der Zuschauer . . .

So war es. Wir haben sie dort begraben, wo das Karussell gestanden ist. Wir haben aus den Trümmern des Karussells ihre Grabkreuze gemacht. Man kann an einigen Querschauern noch heute erkennen, daß sie einst Fuß oder Leib eines Holzpferdchens waren. Drei Tote haben sie später ausgegraben und nach Njematschka gebracht, aber die anderen liegen noch hier. Und darum sollt ihr nicht tanzen und spielen zu Allerseelen. Sonst kommt Mrt zu Gaste . . .

Der alte Stjepan schwieg lange. Als keiner ausbrach, stand er auf und lehnte sich an den Stamm der Murre. Sein Gesicht schien grau und steif. Er sagte leise:

„Und seht nicht aus den Fenstern heute nacht. Sie steigen aus den Gräbern und finden sich zu ihren Mädchen, jedes Jahr zu Allerseelen. Ihre Grabkreuze schweben aus der Erde und bauen sich zusammen zu dem Karussell, und aus vielen winzigen Splittern allenthalben wird die Geige. Sie fahren herum und tanzen und lärmern, und der Zigeuner spielt. Jedes Jahr ist ein wenig mehr vermorcht vom Holze, jedes Jahr wird das Karussell gebrechlicher und die Geige heiserer. Wenn alle Kreuze verkauft sind und alle Geigen splittern, dann werden sie ruhen dürfen. Das wird lange dauern, denn viele, viele Jahre gehen hin, ehe ein Krieg begraben ist . . . So lange aber lärmern sie in dieser Nacht und leben, bis von der Planina die Schüsse donnern und alles zerreißen. Gehet in eure Hütten und schaut nicht hinaus, wenn euer Leben euch lieb ist.“

Er ging langsam. Aber er wandte sich noch einmal zurück und sagte, als antwortete er auf eine ungetane Frage:

„Keiner darf es sehen. Auch ich habe es nicht gesehen. Aber es ist so.“

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Die Zahnpaste von
höchster Qualität
Sparsam im Verbrauch.

Werkstätige! Hört den Ruf der freien Gewerkschaften!



Wer heute noch in Arbeit steht, übe SOLIDARITÄT, reiche helfend seine Hand — werde Mitglied im

GESAMTVERBAND

der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe
und des Personen- und Warenverkehrs

Wir gewähren Streik-, Gemaßregelten-, Erwerbslosen-, Reise-, Umzugs-, Notfall-, Invaliden- und Todesfall-Unterstützung, Rechtsschutz, Haftpflicht, Fach- und Berufsausbildungskurse.

**Wir zahlten 1931 über 12 Millionen
Mark an Gesamtunterstützungen**

Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin
N 24, Johannisstraße 14-15 · Sammelruf: D1 Norden 6361

TECHNISCHE ANGESTELLTE UND BEAMTE!

Architekten, Bauführer, Chemiker, Ingenieure,
Techniker, Kunstgewerber

finden ihre Interessenvertretung, Rat und Hilfe durch Rechtschutz und Unterstützungen, Berufskrankenkasse usw. in der **freien Gewerkschaft aller Techniker**, dem

Bund der technischen Angestellten und Beamten
Haupt- und Ortsverwaltung Berlin NW 40, Werftstraße 7



BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER

IST DIE

**BANK
DER ARBEITER,
ANGESTELLTEN
UND BEAMTEN,
BERLIN**

Zentrale: S 14,
Märklisches Ufer 33
Wallstraße 62, 63
Depositenkasse:
SW 66, Lindenstraße 3



**Im Einheitsverband der
Eisenbahner Deutschlands**

sind 200 000 Eisenbahner, Arbeiter und
Beamte, zusammengeschlossen, weil sie
wissen, daß nur diese Organisation ihre
Interessen wirksam vertreten kann.

Der *Einheitsverband der Eisenbahner
Deutschlands* führt zur Zeit einen erbitterten

Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes

eines jeden Eisenbahners und um die sozialen Einrichtungen. Darum, Eisenbahnarbeiter u. -beamte, hinein in die

Einheitsorganisation der Eisenbahner